



**University of
Zurich**^{UZH}

**Zurich Open Repository and
Archive**

University of Zurich
Main Library
Strickhofstrasse 39
CH-8057 Zurich
www.zora.uzh.ch

Year: 2016

Die Einstellungen der Bevölkerung zu staatlicher Regulierung

Hoeglinger, Dominic ; Widmer, Thomas

Posted at the Zurich Open Repository and Archive, University of Zurich
ZORA URL: <https://doi.org/10.5167/uzh-125314>
Published Research Report
Published Version

Originally published at:

Hoeglinger, Dominic; Widmer, Thomas (2016). Die Einstellungen der Bevölkerung zu staatlicher Regulierung. Zürich: Institut für Politikwissenschaft, Forschungsbereich Policy-Analyse.

DIE EINSTELLUNGEN DER BEVÖLKERUNG ZU STAATLICHER REGULIERUNG

Universität Zürich
Institut für Politikwissenschaft
Forschungsbereich Policy-Analyse & Evaluation

DIE EINSTELLUNGEN DER BEVÖLKERUNG ZU STAATLICHER REGULIERUNG

Studie im Auftrag der Stiftung
StrategieDialog21

Dominic Höglinger und Thomas Widmer

Zürcher Politik- & Evaluationsstudien Nr. 17, Juni 2016

Zürcher Politik- & Evaluationsstudien

herausgegeben von Thomas Widmer

Publikationsreihe des Forschungsbereichs ‚Policy-Analyse & Evaluation‘

Institut für Politikwissenschaft, Universität Zürich

ISBN 3-908610-39-7

Bezugsadresse:

Universität Zürich

Institut für Politikwissenschaft

Forschungsbereich Policy-Analyse & Evaluation

Affolternstrasse 56, CH-8050 Zürich

Telefon +41 1 634 38 41

E-Mail fbpae@ipz.uzh.ch

© 2016 bei den Autoren

Inhaltsverzeichnis

Kurzfassung der Studie	6
1 Einleitung	8
Ausgangslage und Ziel der Studie	8
Einstellungen zu staatlicher Regulierung – Konzeptuelle Vorüberlegungen und Fragestellung	8
Vorgehen und Methode	10
2 Die Ergebnisse der Befragung	11
2.1 Akzeptanz von Zielen der Regulierung und Einschätzung der Regulierungsdichte	11
Breiter Konsens über die Relevanz der grundsätzlichen Ziele von Regulierung	11
Mehrheit zufrieden, eine starke Minderheit bemängelt eine zu hohe Regulierungsdichte	12
Regulierungsbedarf für spezifische Wirtschaftsbereiche wird unterschiedlich beurteilt	14
Wirtschaftspolitisches Interesse und Regulierungsbedarf	16
2.2 Argumente, Kosten-Nutzen-Abwägungen und wechselnde Perspektiven auf die Regulierung	18
Wohlstand und Freiheit für Mehrheit von Regulierung ungefährdet, aber administrative Last als Ärgernis	18
Geringe Kostensensitivität der Bevölkerung bei der Abwägung von Regulierungsfolgen	19
2.3 Wie regulieren? Die Beliebtheit unterschiedlicher Instrumente und Regulierungsmodi	22
Polarisierende Verbote, mehrheitsfähige Informationsmassnahmen	22
Für brancheneigene Lösungen und gegen den «Kantönligeist» bei Regulierungen	24
Übernahme von EU-Regeln: Mehrheit will weder «Swiss finish» noch Verwässerung	25
Ausnahmeregelungen für KMU stossen nicht automatisch auf Zuspruch	26
2.4 Beurteilung der Regulierungskompetenz von Unternehmen, Verwaltung und Parteien	27
Kompetent wahrgenommene Unternehmen und Verwaltung, Parteien mit Imageproblem	27
FDP als themenführende Partei in Regulierungsfragen	28
3 Fazit	30
4 Bibliographie	33
5 Anhang	34
5.1 Datenerhebung und methodisches Vorgehen	34
5.2 Zusätzliche Abbildungen	36
5.3 Fragebogen	38

Verzeichnis der Tabellen und Abbildungen

Tabelle 1.1. In der Studie berücksichtigte zentrale Dimensionen und Aspekte von Regulierung	9
Abbildung 2.1 Wichtigkeit von Regulierungszielen	11
Abbildung 2.2 Einschätzung des Ausmasses der Regulierung in der Schweiz für die Wirtschaft	12
Abbildung 2.3 Ausmass Regulierung nach soziodemographischen Merkmalen und Parteiaffinität	13
Abbildung 2.4 Regulierungsbedarf nach Wirtschaftsbereich	14
Abbildung 2.5 Regulierungsbedarf der eigenen Branche nach beruflichem Kontext	16
Abbildung 2.6 Interesse an wirtschaftspolitischen Fragen	16
Abbildung 2.7 Ausmass der Regulierung nach wirtschaftspolitischem Interesse	17
Abbildung 2.8 Zustimmung zu ausgewählten Argumenten der Regulierungsdebatte	18
Abbildung 2.9 Trade-off zwischen Nutzen und Kosten von Regulierung	19
Abbildung 2.10 Unterschiedliches Framing beim Verbot von Tabakwerbung	20
Abbildung 2.11 Einstellungen zur Liberalisierung der Ladenöffnungszeiten (abends)	21
Abbildung 2.12 Favorisierte Regulierungsinstrumente	23
Abbildung 2.13 Wer soll regulieren und auf welcher Ebene soll reguliert werden?	24
Abbildung 2.14 Nationale Einheitlichkeit vs. regionale Autonomie nach Sprachregion	25
Abbildung 2.15 Übernahme der EU-Vorschriften zur Lebensmittelsicherheit	25
Abbildung 2.16 Vereinfachte Vorschriften für Kleinbetriebe (Lebensmittelkontrolle)	26
Abbildung 2.17 Kompetenzzuschreibung in Regulierungsfragen	27
Abbildung 2.18 Kompetenteste Partei in Regulierungsfragen (Themenführerschaft)	28
Abbildung 5.1 Interesse an wirtschaftspolitischen Fragen nach soziodemographischen Merkmalen	36
Abbildung 5.2 Favorisiertes Regulierungsinstrument für energieeffiziente Haushaltsgeräten, nach Alter und Staat- vs. Marktbevorzugern	37

Kurzfassung der Studie

Die Ergebnisse zeichnen ein facettenreiches Gesamtbild, das sich nicht auf ein simples Schema von «guter» oder «böser» Regulierung reduzieren lässt, sondern sich in differenzierten und ausgewogenen, wenn auch nicht gänzlich widerspruchsfreien Einstellungen der Schweizer Bevölkerung zu staatlicher Regulierung für die Wirtschaft niederschlägt. Die Schlüsselbefunde werden im Folgenden aufgeführt.

Breiter Konsens über die Wichtigkeit der Ziele von Regulierung

Das Bild, welches die Schweizer Stimmbevölkerung von staatlicher Regulierung hat, ist mehrheitlich ein positives. Die Bevölkerung will Regeln, welche dem wirtschaftlichen Handeln einen Rahmen vorgeben. Die Ziele, welche staatliche Regulierungen typischerweise bezwecken, sind in der Bevölkerung unumstritten und werden als wichtig und legitim betrachtet. Der gesellschaftliche Nutzen von Regulierung, namentlich der Schutz der Umwelt und der Gesundheit, werden jeweils von über 85 Prozent als wichtig oder sehr wichtig erachtet.

Mehrheit der Bevölkerung zufrieden, eine starke Minderheit bemängelt zu hohe Regulierungsdichte

Mit dem aktuellen Ausmass der Regulierung für die Wirtschaft in der Schweiz ist eine Mehrheit von 47 Prozent zufrieden. Gleichzeitig bemängelt jedoch eine starke Minderheit von 42 Prozent eine zu hohe Regulierungsdichte. Eine solche regulierungsskeptische Einstellung dominiert bei Führungskräften, älteren Personen und hohem Einkommen sowie unter Anhängern von SVP und FDP. Zu wenig Regulierung wird nur von einem marginalen Teil der Bevölkerung von 10 Prozent beklagt.

Regulierungsbedarf für einzelne Wirtschaftsbereiche wird unterschiedlich beurteilt

Wird bei Internet und Online-Handel von 54 Prozent der Befragten ein verstärkter Regulierungsbedarf geortet, so halten sich bei der Finanzbranche diejenigen Befragten, welche mehr Regeln fordern, und jene, welche das aktuelle Ausmass als gerade richtig einstufen, ungefähr die Waage. Für die eigene Branche ist eine überraschend deutliche Mehrheit von 62 Prozent der befragten Erwerbstätigen mit dem Ausmass an staatlichen Regeln und Vorschriften zufrieden.

Geringe Kostensensitivität der Bevölkerung bei der Abwägung von Regulierungsfolgen

Der regulierungsskeptischen Forderung nach einem Bürokratieabbau stimmen zwei von drei Befragten zu. Mehr als nur ein lästiges Ärgernis, sondern eine Bedrohung für Wohlstand und Beschäftigung sowie eine Einschränkung der individuellen Freiheit stellt staatliche Regulierung hingegen nur für eine Minderheit von jeweils 43 Prozent dar.

Wird der Nutzen einer Regulierung den verursachten Kosten explizit gegenübergestellt und die Befragten zu einer Güterabwägung aufgefordert, so zeigt sich, dass der Nutzen von jeweils über 80 Prozent höher gewichtet wird. Konkret haben sowohl der Konsumentenschutz als auch der Schutz der Daten im Internet für die Befragten klar Vorrang vor tiefen Preisen, der Vielfalt des Angebots und Innovationsreichtum.

Polarisierende Verbote, mehrheitsfähige Informationsmassnahmen

Wenn es um die konkrete Ausgestaltung von Regulierungsmassnahmen geht, ist für eine relative Mehrheit zwar das klassische Verbot Mittel erster Wahl. Allerdings stösst diese rigide Regulierungsform zugleich auch auf starken Widerstand bei zahlreichen Befragten. Weniger polarisierend und somit mehrheitsfähiger sind sanftere Massnahmen zur besseren Information der Konsumentinnen und Konsumenten, wie die Energieetikette beim Kauf von Haushaltsgeräten oder eine Aufklärungspflicht zu den Risiken von Produkten in der Finanzbranche.

Für brancheneigene Lösungen und gegen den «Kantönligeist» bei Regulierungen

Die Regeln, welche dem wirtschaftlichen Handeln einen Rahmen vorgeben, müssen nicht zwingend staatliche sein. Die in vielen Branchen verbreitete Praxis der Selbstregulierung ist in der Bevölkerung fest verankert und wird, wenn sie als Alternative zur Wahl gestellt wird, von 70 Prozent der Befragten der staatlichen Regulierung vorgezogen. Weniger einig ist man sich bei der Frage, ob schweizweit einheitliche Regeln oder regionale Autonomie höher zu gewichten sind. Insgesamt bevorzugen (eher oder voll und ganz) 59 Prozent der Befragten nationale Regulierungen, jedoch ergibt sich hier eine deutliche Sprachgruppendifferenz: In der Deutschschweiz befürworten 63 Prozent einheitliche Regeln, während in der Romandie eine knappe Mehrheit von 54 Prozent die regionale Autonomie höher gewichtet.

FDP mit Themenführerschaft in Regulierungsfragen

Kompetenz in Regulierungsfragen attestiert die Bevölkerung sowohl den Unternehmen als auch der Verwaltung in hohem Masse, während eine Mehrheit der Befragten den Parteien die Kompetenz in diesem Bereich abspricht. Die Themenführerschaft in Regulierungsfragen unter den Parteien hält unangefochten mit 38 Prozent aller Nennungen die FDP. Ihr gelingt es als einzige Partei, in breiter Weise auch Sympathisanten anderer Parteien von ihrer Regulierungskompetenz zu überzeugen.

Die Studie des Instituts für Politikwissenschaft der Universität Zürich über die Einstellungen der Schweizer Bevölkerung zu staatlicher Regulierung der Wirtschaft basiert auf einer repräsentativen telefonischen Befragung von 1'213 stimmberechtigten Personen in der deutsch- und französischsprachigen Schweiz von März bis April 2016 und wurde im Auftrag der Stiftung StrategieDialog21 erstellt.

1 Einleitung

Ausgangslage und Ziel der Studie

Die Stiftung StrategieDialog21 bezweckt, die öffentliche Debatte über die Zukunft der Schweiz zu stimulieren und aus einer liberalen Warte mögliche Lösungsideen für anstehende Herausforderungen zu diskutieren. Staatliche Regulierungen sind dabei ein Schwerpunkt, mit dem sich die Stiftung regelmässig auseinandersetzt. Zur Beantwortung der Frage, was die Bevölkerung zu diesem Thema denkt, beauftragte sie das Institut für Politikwissenschaft der Universität Zürich, gestützt auf eine repräsentative Befragung eine Studie zu erstellen. Die Ergebnisse dieser Studie werden im vorliegenden Bericht vorgestellt. Sie sollen allen interessierten Kreisen zur Verfügung stehen, eine stärkere Sensibilisierung der Öffentlichkeit für die Thematik ermöglichen und als sachlicher Beitrag für eine konstruktive Debatte über staatliche Regulierung dienen.

Einstellungen zu staatlicher Regulierung – Konzeptuelle Vorüberlegungen und Fragestellung

Was genau mit dem Begriff Regulierung gemeint ist, unterscheidet sich oft beträchtlich. Regulierung bezeichnet üblicherweise ein Bündel an verbindlichen Vorschriften, welche von einer staatlichen Behörde zu einem bestimmten Zweck erlassen wurden. Breiter gefasst meint Regulierung jegliche zielgerichtete staatliche Einflussnahme auf wirtschaftliches und soziales Verhalten. Die politische Debatte über staatliche Regulierung neigt häufig dazu, jedes staatliche Handeln unter dem Begriff der Regulierung zu subsumieren, steuerliche und (re-)distributive Massnahmen miteingeschlossen. Schliesslich werden unter Regulierung mitunter alle Formen sozialer oder wirtschaftlicher Beeinflussung verstanden, egal ob diese vom Staat ausgehen oder anderen Quellen entstammen, wie von Institutionen der Selbstregulierung, Unternehmen und weiteren nichtstaatlichen Organisationen (Baldwin et al. 2012: 2–3).

Die vorliegende Studie beschränkt sich auf staatliche Regulierungen, welche die Wirtschaft betreffen, und sie stützt sich dabei bewusst auf ein enges, klar begrenztes Verständnis von Regulierung. Mit Regulierungen sind hier *Eingriffe von staatlichen Behörden in die Wirtschaft zur Regulierung unternehmerischen Handelns in der Form von Geboten und Verboten* gemeint. Dies schliesst auch die damit zusammenhängenden Verfahren der Kontrolle und Durchsetzung (inkl. Bewilligungen, Informationspflicht und Sanktionen) mit ein. Nicht berücksichtigt werden als Konsequenz dieser Definition staatliche Massnahmen im steuerlichen Bereich sowie Subventionen. Der administrative Aufwand für Unternehmen im Zusammenhang mit der Steuerpflicht, inkl. der Mehrwertsteuer, fällt somit nicht in den Gegenstandsbereich dieser Studie. Ebenfalls keine Berücksichtigung finden Regulierungen in nicht-wirtschaftlichen Bereichen, wie z.B. die Regelung der gleichgeschlechtlichen Ehe oder der unentgeltlichen Betreuung von Kindern. Schliesslich werden auch diejenigen Regulierungen nicht berücksichtigt, welche einseitig die Konsumenten betreffen, wie etwa die Strafbarkeit des Konsums illegaler Drogen.¹

¹ Diese analytische Abgrenzung ist oft nicht ganz trennscharf, da es kaum Regelungen gibt, welche nicht auch wirtschaftliche Konsequenzen haben, und Regulierungen des Konsums meist auch den Anbieter miteinbeziehen respektive in die Pflicht nehmen.

Die zentrale Fragestellung, welche dieser Studie zugrunde liegt, lautet: *Über welche Einstellungen zu staatlicher Regulierung verfügt die schweizerische Bevölkerung?* Während zahlreiche Studien die Ursachen und Folgen von Regulierungen analysieren, Regulierungskosten berechnen sowie Handlungsanweisungen für mehr oder (zumeist) weniger staatliche Regulierung erarbeitet haben, fehlen systematische Befunde dazu weitgehend.² Diese Einstellungen zu staatlicher Regulierung sollen dabei umfassend und in ihrer Vielschichtigkeit erfasst werden. Aus diesem Grund geht die Studie über die in politikwissenschaftlichen Surveys oft gestellten Fragen nach der politischen Werthaltung Staat vs. Markt oder nach der grundsätzlichen Präferenz für mehr oder weniger Regulierung hinaus. Mittels einer Vielzahl an spezifischen Frage-Items werden die Einstellungen der Bevölkerung zu zentralen Dimensionen und Aspekten staatlicher Regulierung ermittelt (Tab. 1.1).

So lassen sich typische *Ziele von Regulierungen* unterscheiden, wie die Gewährleistung eines funktionierenden Wettbewerbs oder der Schutz von Umwelt, Gesundheit sowie der Konsumenten. Die Wichtigkeit dieser einzelnen Ziele kann jeweils unterschiedlich bewertet werden. Einzelne staatliche Massnahmen lassen sich nach dem von ihnen *regulierten Gegenstandsbereich* unterscheiden. Die meisten Massnahmen betreffen jeweils spezifische Wirtschaftsbranchen, deren Regulierungsbedarf in der Wahrnehmung der Bevölkerung differiert. Ebenfalls nicht nur von theoretischem Interesse, sondern immer wieder Gegenstand erbitterter politischer Auseinandersetzungen ist die Frage nach dem *Regulator* und der *Regulierungsebene*. Der Staat ist nicht der einzige und meist nicht der exklusive Regulator. Auch nicht-staatliche Organisationen verfügen über Regulierungskompetenzen, wie z.B. Branchenverbände in der Form der Selbstregulierung. Und Regulierungen können auf Ebene der Gemeinden, der Kantone oder des Bundes festgelegt werden. Zusätzlich ist für die Schweiz in Regulierungsfragen aufgrund der engen wirtschaftlichen Verflechtung auch die europäische Ebene relevant. Schliesslich kommen auch verschiedene *Typen von Regulierungsinstrumenten* zum Einsatz. Neben den klassischen Mitteln Verbot und

Tabelle 1.1. In der Studie berücksichtigte zentrale Dimensionen und Aspekte von Regulierung

Dimension	Beispiele
Regulierungsziel	Umweltschutz, Gesundheit, Konsumentenschutz, Wettbewerb
Gegenstandsbereich	Wirtschaftsbranche
Regulator	staatliche Behörden, Branchenorganisationen (Selbstregulierung)
Regulierungsebene	lokal, kantonal, national, europäisch
Regulierungsinstrument	Verbote & Gebote, Anreize, Informationsmassnahmen

² Jüngste Studien im Themenbereich Regulierungen in der Schweiz sind etwa Buomberger (2014), Buomberger und Schlegel (2016), Schweizerischer Bundesrat (2013), GfK Switzerland (2014). Als Beispiel für eine der wenigen Studien, welche die Einstellungen der Bevölkerung zu staatlicher Regulierung untersuchen, allerdings für Grossbritannien, vgl. FreshMinds (2009).

Gebot setzen staatliche Behörden schon seit längerem vermehrt auch auf «sanftere» Instrumente, die weniger restriktiv wirken, wie beispielsweise Anreize, Information oder marktbasierende Instrumente.³

Vorgehen und Methode

Für die Studie wurden 1'213 zufällig ausgewählte stimmberechtigte Personen in der Deutschschweiz und der französischsprachigen Schweiz befragt. Der verwendete standardisierte Fragebogen wurde basierend auf den aktuellen methodischen Erkenntnissen zum Fragebogendesign erstellt und im Vorfeld ausführlich getestet. Die Feldarbeit erfolgte durch das Befragungsinstitut gfs.bern, welches die Interviews mit 68 Befragerten und Befragern telefonisch im Zeitraum vom 29. März 2016 bis 16. April 2016 durchführte. Das Institut für Politikwissenschaft der Universität Zürich wertete die erhobenen Daten aus und verantwortet die Berichterstattung.

Die Stichprobenziehung erfolgt auf Basis eines aktuellen elektronischen Telefonverzeichnisses. Aus den eingetragenen Anschlüssen wurde nach dem Zufallsprinzip eine Ausgangsstichprobe gebildet, sowie in einem weiteren Schritt innerhalb des kontaktierten Haushaltes die zu befragende Zielperson mittels eines weiteren Zufallsverfahrens bestimmt. Zusätzlich wurden maximale Quoten für Geschlecht und Alter entsprechend der tatsächlichen Verteilung dieser Merkmale in der Zielpopulation vorgegeben.

Bei der Darstellung der Resultate dieser Stichprobe in den folgenden Abschnitten werden für alle Werte jeweils auch die 95 Prozent-Vertrauensintervalle angegeben.⁴ Diese entsprechen dem Bereich, in welchem sich die plausiblen Werte für die Grundgesamtheit befinden. Im Text diskutierte Unterschiede, sofern nicht explizit anders erwähnt, sind immer auch statistisch signifikant (95 Prozent-Signifikanzniveau). Weiterführende Informationen zum methodischen Vorgehen sowie der Fragebogen im Wortlaut finden sich im Anhang.

³ Zur Konzeptualisierung und den analytischen Dimensionen von Regulierung vgl. Baldwin et al. (2010, 2012).

⁴ Für die gesamte Stichprobe beträgt der maximale Unschärfbereich (bei einer 50:50 Verteilung der Prozentwerte) +/-2.8 Prozentpunkte. Im Einzelfall fällt dieser Unschärfbereich allerdings grösser oder kleiner aus, je nachdem, wie die Verteilung der Prozentwerte bei einer Frage ausfällt und ob eine Teilstichprobe betrachtet wird.

2 Die Ergebnisse der Befragung

2.1 Akzeptanz von Zielen der Regulierung und Einschätzung der Regulierungsdichte

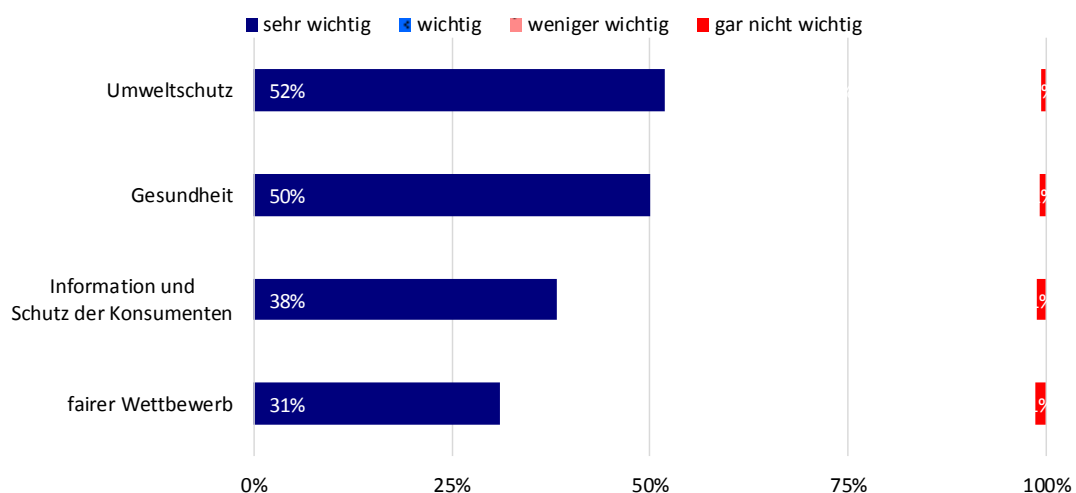
Breiter Konsens über die Relevanz der grundsätzlichen Ziele von Regulierung

Wie wichtig sind für die Befragten die grundsätzlichen Ziele, mit welchen Regulierungsmassnahmen üblicherweise gerechtfertigt werden? Eine deutliche Mehrheit von 85 Prozent oder mehr stuft jeweils die abgefragten vier typischen Regulierungsziele Umweltschutz, Schutz der Gesundheit, Konsumentenschutz und Sicherstellung eines fairen Wettbewerbs als «wichtig» oder «sehr wichtig» ein – grundsätzlich sind diese Ziele in der Bevölkerung unumstritten (Abb. 2.1).

Aufschlussreich sind die relativen Unterschiede, die sich zwischen den einzelnen Zielen als auch zwischen unterschiedlichen Gruppen in der Bevölkerung ausmachen lassen. Als «sehr wichtig» erachten rund 50 Prozent den Schutz der Umwelt und der Gesundheit. Beim Konsumentenschutz sind es immer noch 38 Prozent, während die Sicherstellung eines fairen Wettbewerbs nur noch 31 Prozent als «sehr wichtig» erachten. Die Gewährleistung eines funktionierenden Wettbewerbs ist aus ökonomischer Sicht eine klassische Rechtfertigung für regulatorische Eingriffe. Dass der Nutzen solcher Regulierungen, wie sie in Wirtschaftszweigen mit Monopoltendenzen (beispielsweise in der Telekommunikation) zur Anwendung kommen, jedoch für die Befragten schwierig fassbar ist, dürfte mit ein Grund für den vergleichsweise tiefen Wert sein.

Bei allen Regulierungszielen zeigen sich zudem in der Feinanalyse deutliche Unterschiede basierend auf Parteiaffinität und Geschlecht. Beim Konsumentenschutz ist der Anteil der Frauen, welche diesen als «wichtig» oder «sehr wichtig» erachten, 13 Prozentpunkte höher als bei Männern. Und analog ist dieser Anteil bei SP-Anhängern signifikant höher als bei Anhängern rechter Parteien (16 Prozentpunkte

Abbildung 2.1 Wichtigkeit von Regulierungszielen



Frage: «Staatliche Regeln und Vorschriften für die Wirtschaft haben unterschiedliche Ziele. Bitte sagen Sie mir jeweils, für wie wichtig Sie Gesetze und Vorschriften mit den folgenden Zielen halten.»

Der maximale statistische Unschärfbereich der ausgewiesenen Werte beträgt +/- 2.9 Prozentpunkte (95%-Vertrauensintervall). N zwischen 1'182 und 1'210.

höher als bei SVP-Sympathisanten und 13 Prozentpunkte höher als bei Sympathisanten der FDP). Personen, die mit der CVP sympathisieren, nehmen jeweils eine mittlere Position ein. Diese charakteristischen Unterschiede nach Geschlecht und entlang des politischen Spektrums finden sich auch bei den anderen befragten Zielen, wenn auch jeweils unterschiedlich stark ausgeprägt.

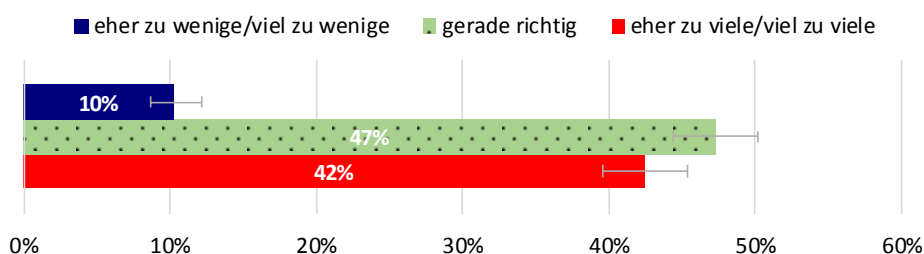
Mehrheit zufrieden, eine starke Minderheit bemängelt eine zu hohe Regulierungsdichte

Das Ausmass an staatlichen Regeln und Vorschriften für die Wirtschaft wird von 47 Prozent der Befragten als «gerade richtig» eingeschätzt. Damit ist eine knappe, jedoch statistisch signifikante relative Mehrheit zufrieden mit der aktuellen Regulierungsdichte. Allerdings bemängelt eine starke Minderheit von 42 Prozent «eher zu viele» oder «viel zu viele» Regulierungen, während die gegenteilige Wahrnehmung von «eher zu wenig» oder «viel zu wenig» Regulierung marginal vertreten ist und nur von jeder zehnten befragten Person geteilt wird (Abb. 2.2).

Die Einschätzung einer übermässigen Regulierungsdichte überwiegt bei älteren Personen sowie bei hohem Einkommen, und sie ist in der Deutschschweiz und bei Männern häufiger vorzufinden als in der Romandie und bei Frauen (Abb. 2.3). Auch die berufliche Position hat einen starken Einfluss darauf, wie das Urteil ausfällt. Während für 63 Prozent der Führungskräfte die Regulierungsdichte zu hoch ist, liegt der Anteil der Mitarbeitenden, welche dies ebenfalls so sehen, bei lediglich 39 Prozent.

Neben diesen soziodemographischen Merkmalen beeinflusst auch die Parteilaffinität entscheidend, wie das Ausmass an Regulierungen beurteilt wird. «Gerade richtig» ist die häufigste Antwort bei Personen, welche mit der SP und den Grünen sympathisieren, während jeweils nur rund ein Viertel dieser Befragten eine zu hohe Regulierungsdichte beklagt. Bei den Anhängern der FDP ist der Anteil letzterer mit 52 Prozent rund doppelt so hoch, bei der SVP mit 60 Prozent gar noch geringfügig (allerdings nicht statistisch signifikant) höher. Sympathisanten der CVP nehmen mit einem Anteil von 41 Prozent, die eine zu hohe Regulierungsdichte bemängeln, eine mittlere Position ein, ähnlich wie jene Befragten, die zu keiner Partei eine Affinität aufweisen (43 Prozent).

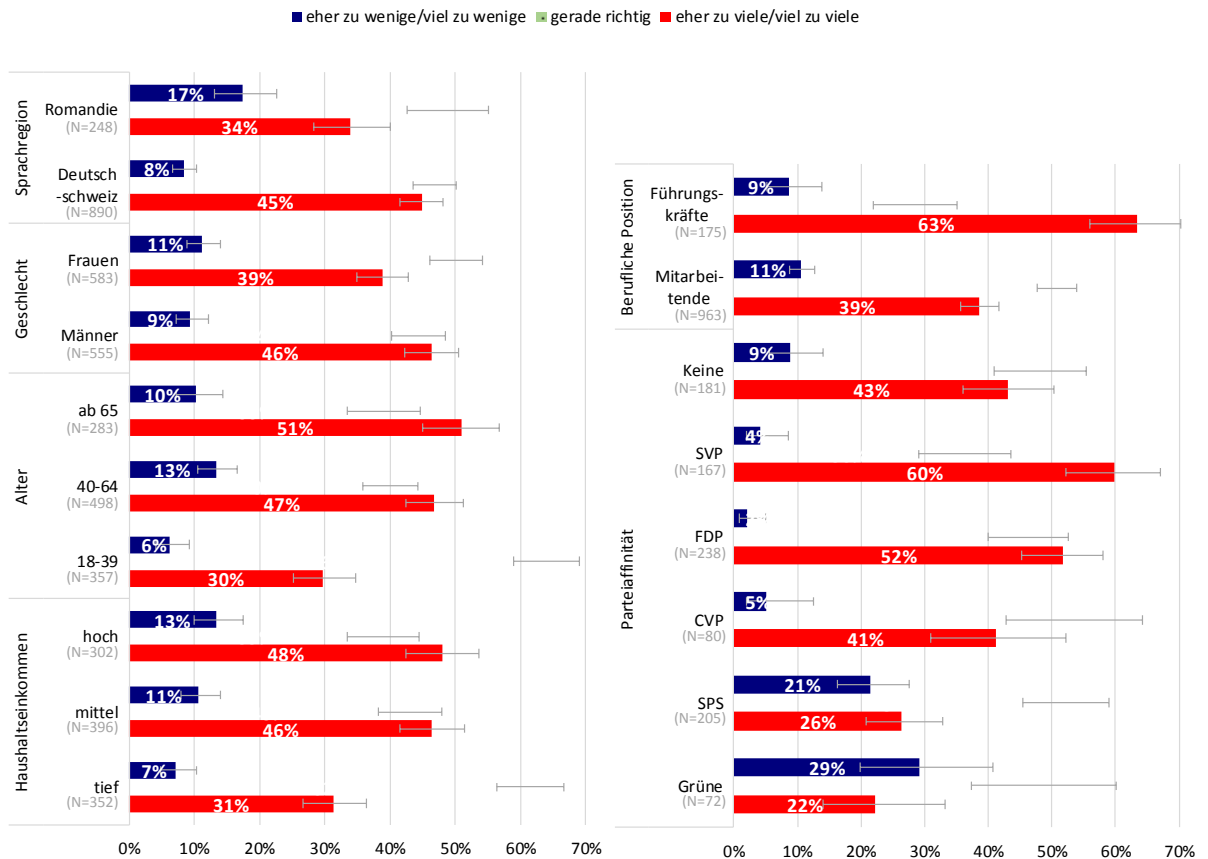
Abbildung 2.2 Einschätzung des Ausmasses der Regulierung in der Schweiz für die Wirtschaft



Frage: «Schauen wir die aktuelle Situation in der Schweiz an. Wie schätzen Sie das Ausmass an staatlichen Regeln und Vorschriften für die Wirtschaft ein?»

Die ausgewiesenen 95%-Vertrauensintervalle entsprechen dem Bereich mit den plausiblen Werten für die Grundgesamtheit. N = 1'138.

Abbildung 2.3 Ausmass Regulierung nach soziodemographischen Merkmalen und Parteilaffinität



Es werden nur Parteien mit mindestens 50 Nennungen ausgewiesen. Die ausgewiesenen 95%-Vertrauensintervalle entsprechen dem Bereich mit den plausiblen Werten für die Grundgesamtheit.

Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass die Bevölkerung das aktuelle Ausmass an Regulierung in der Schweiz mehrheitlich als angemessen beurteilt. Besonders ausgeprägt findet sich diese Wahrnehmung bei den 18-39-Jährigen, tiefen Einkommen und Anhängern von Mitte- und Linksparteien. Die Einschätzung, die Regulierungsdichte sei zu hoch, wird nur von einer Minderheit geteilt, wenn auch diese nicht unbedeutend ist. Letztere Sichtweise dominiert unter Führungskräften, bei älteren Personen und hohen Einkommen, sowie auf der rechten Seite des politischen Spektrums.

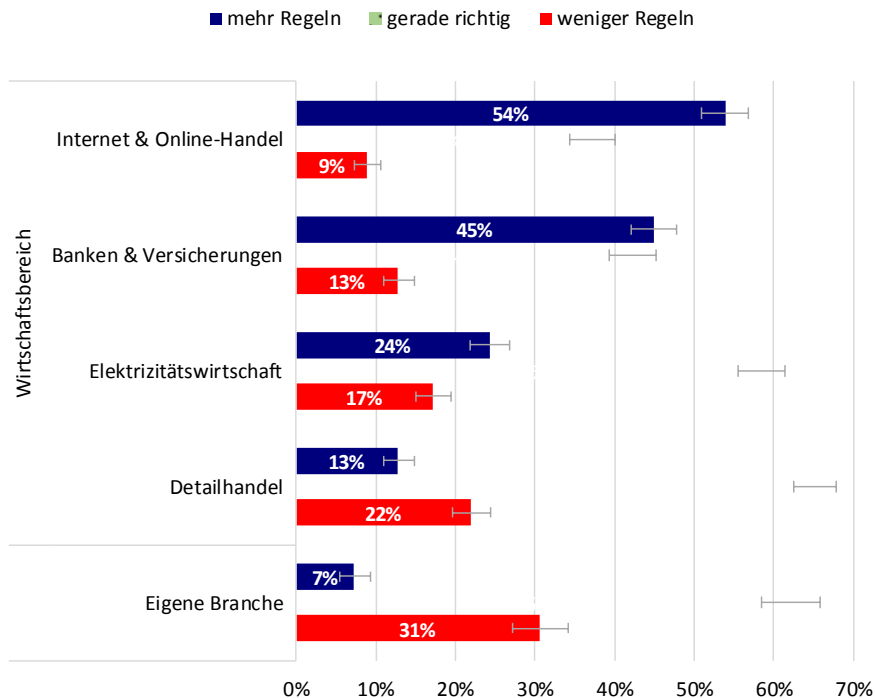
Ein durchaus erhellender, aber nicht ganz ernst zu nehmender Vergleich über rund 70 Jahre bietet sich an, da in einer der ersten modernen (d.h. auf Zufallsstichproben basierenden) Befragungen in der Schweiz eine ähnliche Frage gestellt wurde. Diese wurde im Auftrag der Neuen Helvetischen Gesellschaft vom ISOP kurz nach Ende des Zweiten Weltkriegs im Jahre 1946 durchgeführt. Auf die Frage «Soll der staatliche Einfluss auf die Wirtschaft (abgesehen von der Kriegswirtschaft) verstärkt oder abgebaut werden oder gleichbleiben?» antworteten 24 Prozent der Befragten mit «verstärken», 30 Prozent mit «abbauen» und 47 Prozent mit «gleichbleiben» (Neue Helvetische Gesellschaft 1948). Ein Resultat, das sich nicht fundamental vom Befund der vorliegenden Studie unterscheidet, auch wenn sich die Zahl jener, die zu viele Regulierungen beklagen respektive einen Abbau fordern, seit damals erhöht hat.

Regulierungsbedarf für spezifische Wirtschaftsbereiche wird unterschiedlich beurteilt

Wie fällt die Antwort aus, wenn die Frage nach mehr oder weniger Regulierung nicht allgemein, sondern für einzelne ausgewählte Wirtschaftsbranchen gestellt wird? Hier dürfte das Urteil der Befragten weniger stark von allgemeinen Grundhaltungen und politischen Wertvorstellung geprägt werden, dafür vermehrt auch von aktuellen Ereignissen und konkreten Erfahrungen (z.B. als Konsumentinnen und Konsumenten). Die in der Befragung zu beurteilenden Wirtschaftsbereiche decken ein breites Spektrum ab: Von der traditionellen Wirtschaftsbranche des Detailhandels zum neuartigen und äusserst dynamischen Sektor Internet und Online-Handel; und von der medial und politisch kontinuierlich im Fokus stehenden Banken- und Versicherungsbranche zur Elektrizitätswirtschaft, die für die meisten Befragten schwer zu fassen ist.

Wie erwartet fallen denn auch die Ergebnisse für die einzelnen Wirtschaftsbereiche unterschiedlich aus (Abb. 2.4). Beim Internet und Online-Handel ortet eine klare Mehrheit von 54 Prozent der Befragten mehr Regulierungsbedarf. Auch bei den Banken und Versicherungen befürwortet ein vergleichsweise hoher Anteil von 45 Prozent mehr Regeln. Allerdings ist dieser Wert nicht signifikant höher als der Anteil derjenigen, welche das aktuelle Ausmass an Regulierung in diesem Bereich «gerade richtig» finden (42 Prozent). Bei der Elektrizitätswirtschaft und beim Detailhandel ist eine Mehrheit zufrieden mit dem aktuellen Ausmass an Regulierung – rund 60 Prozent oder mehr der Antworten lauten jeweils

Abbildung 2.4 Regulierungsbedarf nach Wirtschaftsbereich



Frage: «Ich nenne Ihnen jetzt einige Wirtschaftsbereiche. Sagen Sie mir bitte jeweils, ob Sie für den genannten Bereich mehr staatliche Regeln und Vorschriften oder weniger staatliche Regeln und Vorschriften befürworten, oder ob das aktuelle Ausmass gerade richtig ist.»

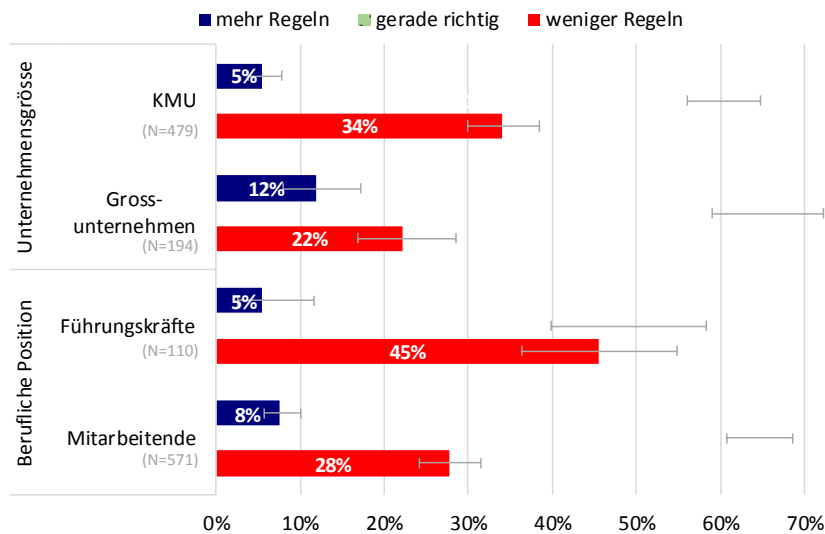
Die ausgewiesenen 95%-Vertrauensintervalle entsprechen dem Bereich mit den plausiblen Werten für die Grundgesamtheit. N für die Wirtschaftsbereiche jeweils zwischen 1'092 und 1160; N eigene Branche 681 (nur erwerbstätige Personen).

«gerade richtig». Weniger Regeln werden bei allen befragten Wirtschaftsbereiche nur von einer Minderheit gefordert, am häufigsten noch beim Detailhandel, allerdings auch dort von weniger als einem Viertel der Befragten. Im Vergleich zur Frage nach der Regulierungsdichte in der Schweiz allgemein ist die Regulierungskepsis auf der Ebene der konkreten Wirtschaftsbereiche deutlich tiefer (auch wenn sich die Werte nur begrenzt vergleichen lassen, da die beiden Fragen leicht unterschiedlich formuliert sind).

Erwerbstätige Personen wurden im Anschluss an die Fragen zu den einzelnen Wirtschaftssektoren zusätzlich noch nach ihrer Einschätzung der Branche befragt, in welcher sie selber tätig sind. Generell dürfte den Befragten das spezifische regulatorische Umfeld ihrer eigenen Branche am besten bekannt sein, sind sie diesem doch in ihrer täglichen Arbeit ausgesetzt. Zugleich verändert sich aber auch die Perspektive auf die Regulierung. Nicht diejenige von Konsumenten und Staatsbürgern steht hier im Zentrum. Vielmehr tritt nun die Rolle als wirtschaftlicher Akteur und als Erwerbperson in den Vordergrund, deren Tätigkeiten durch staatliche Regulierungen potentiell eingeschränkt oder erschwert wird. Der durch regulatorische Erfordernisse verursachte zusätzliche administrative Aufwand wird zudem oft als besonders lästig im Vergleich zu anderen beruflichen Tätigkeiten empfunden. Dies dürfte, so ist anzunehmen, insgesamt zu einer tendenziell stärker regulierungsskeptischen Haltung bei der eigenen Branche führen.

Durchaus überraschend ist deshalb das Resultat, dass für die eigene Branche mehrheitlich kein Änderungsbedarf in regulatorischer Hinsicht geortet wird – 62 Prozent finden das aktuelle Ausmass «gerade richtig» (Abb. 2.4). Dieser Wert ist vergleichbar mit demjenigen für den Detailhandel, bei welchem unter allen befragten Wirtschaftsbereichen die höchste Zufriedenheit mit dem Status Quo herrscht. Das Gros der Erwerbstätigen scheint keinen akuten Handlungsbedarf hinsichtlich des regulatorischen Umfeldes in ihrer eigenen Branche zu sehen, weder in die eine noch in die andere Richtung. Im Einklang mit den obigen Erwartungen wünscht sich aber zumindest doch fast ein Drittel weniger Regeln für die eigene Branche, ein Wert der signifikant höher ist als bei allen befragten spezifischen Wirtschaftsbereichen. Wenn denn Regulierung als störend und übermässig empfunden wird, dann tatsächlich dort am ehesten, wo man selber in seiner eigenen (wirtschaftlichen und beruflichen) Tätigkeit reguliert wird – so legt es zumindest dieser Befund nahe. Mehr Regulierung wird mit lediglich 7 Prozent der Antworten für die eigene Branche denn auch nur äusserst selten gefordert.

Der Einfluss des Arbeitskontextes auf die Wahrnehmung von Regulierung wird auch in der Feinanalyse deutlich, in der nach beruflicher Position und der Grösse des Unternehmens unterschieden wird (Abb. 2.5). Der Anteil an Führungskräften, welche weniger Regeln für die eigene Branche fordern, ist mit 45 Prozent deutlich höher als bei den Mitarbeitenden mit 28 Prozent. Und obwohl Grossunternehmen die stundenmässige Belastung durch gesetzliche Vorschriften im SECO-Bürokratiemonitor als höher angegeben (GfK Switzerland 2014), wünschen von den dort Beschäftigten weniger als ein Viertel

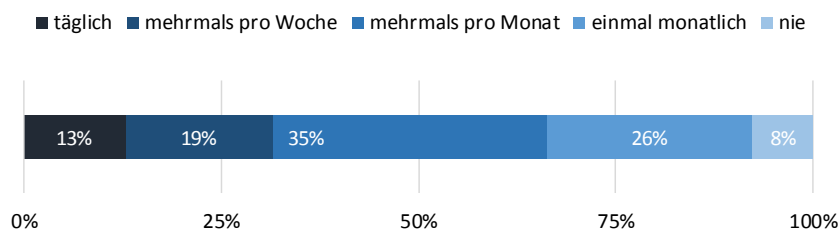
Abbildung 2.5 Regulierungsbedarf der eigenen Branche nach beruflichem Kontext

Die ausgewiesenen 95%-Vertrauensintervalle entsprechen dem Bereich mit den plausiblen Werten für die Grundgesamtheit.

einen Abbau von Regulierung, während dies in KMU-Betrieben⁵ rund ein Drittel tut. Allerdings bleibt festzuhalten, dass auch bei den beiden stärker regulierungsskeptischen Gruppen der Führungskräfte und der KMU-Mitarbeitenden die Mehrheit der Befragten das aktuelle Ausmass an Regulierung für die eigene Branche als «gerade richtig» beurteilt.⁶

Wirtschaftspolitisches Interesse und Regulierungsbedarf

Wie stark sich eine Person grundsätzlich für wirtschaftspolitische Fragen interessiert, beeinflusst ebenfalls ihre Einstellung zu Regulierung. Die Befragten können dabei in drei Gruppen eingeteilt werden (Abb. 2.6). 32 Prozent sind sehr interessiert, sie diskutieren laut eigenen Angaben täglich oder mehrmals wöchentlich über wirtschaftspolitische Themen. Weitere 35 Prozent tun dies immerhin mehrmals

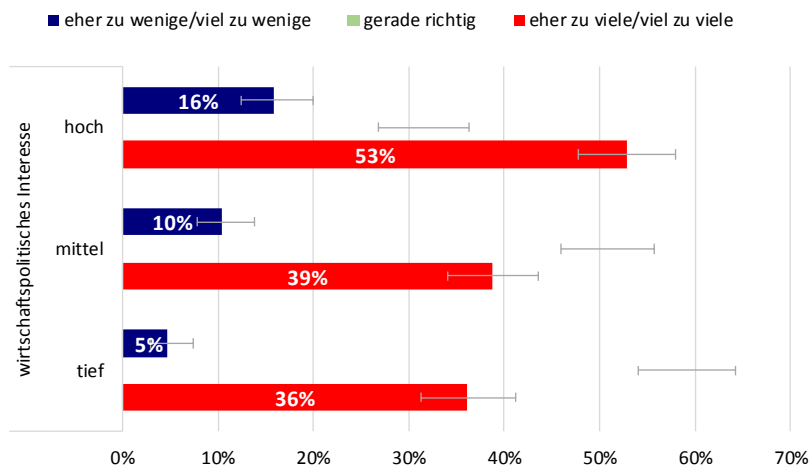
Abbildung 2.6 Interesse an wirtschaftspolitischen Fragen

Frage: «Wie häufig, wenn überhaupt, diskutieren Sie mit Kollegen und Bekannten über wirtschaftspolitische Fragen?»
Der maximale statistische Unschärfbereich der ausgewiesenen Werte beträgt +/- 1.9 Prozentpunkte (95%-Vertrauensintervall).
N = 1'207.

⁵ KMU umfassen Einzelunternehmen, Kleinunternehmen mit unter 10 Beschäftigten, Kleinunternehmen mit unter 50 Beschäftigten und Mittelunternehmen mit bis zu 250 Beschäftigten.

⁶ Bei den Führungskräften ist der Unterschied zwischen dem Anteil derjenigen, welche das Ausmass an Regulierung als «gerade richtig» einschätzen und denjenigen, welche «weniger Regeln» fordern, jedoch zu gering um statistisch signifikant zu sein.

Abbildung 2.7 Ausmass der Regulierung nach wirtschaftspolitischem Interesse



Die ausgewiesenen 95%-Vertrauensintervalle entsprechen dem Bereich mit den plausiblen Werten für die Grundgesamtheit.

pro Monat (mittleres Interesse). Wenig interessiert sind schliesslich rund 34 Prozent der Befragten, die höchstens einmal pro Monat oder nie über wirtschaftspolitische Fragen diskutieren. Aus der Forschung zu politischem Interesse ist bekannt, dass hoher sozioökonomischer Status mit hohem Interesse einhergeht. Der Anteil an Personen mit hohem wirtschaftspolitischen Interesse ist denn mit 45 Prozent bei Hochschulabsolventinnen und -absolventen rund doppelt so gross wie bei Personen ohne Hochschulabschluss (Abb. 5.1 im Anhang). Das Interesse korreliert ebenfalls mit dem Einkommen. Neben dem sozioökonomischen Status spielen zudem auch Alter und Geschlecht eine Rolle – ältere Personen und Männer sind häufiger stark interessiert.

Bei vielen der erfragten Haltungen neigen Personen mit starkem wirtschaftspolitischen Interesse zu pointierteren Antworten (seltener Nennung von Mittelkategorien). Auch zeichnet sich ihr Antwortverhalten durch eine tiefere Varianz aus und ist ideologisch konsistenter. Dies zeigt sich auch bei der Frage zum Ausmass der Regulierung (Abb. 2.7). Im Vergleich zu Personen mit wirtschaftspolitisch geringem Interesse sind diejenigen mit starkem Interesse deutlich häufiger mit dem aktuellen Ausmass der Regulierung unzufrieden und schätzen dieses weit öfter sowohl als zu tief als auch als zu hoch ein. Der entsprechende Unterschied zwischen den beiden Gruppen beträgt 11 Prozentpunkte respektive 17 Prozentpunkte. Dieses Bevölkerungssegment mit starkem wirtschaftspolitischen Interesse ist damit zwar geringfügig regulierungsskeptischer als der Rest der Bevölkerung, vor allem aber zeichnet es sich durch eine höhere Meinungsvielfalt bezüglich Regulierung aus.

2.2 Argumente, Kosten-Nutzen-Abwägungen und wechselnde Perspektiven auf die Regulierung

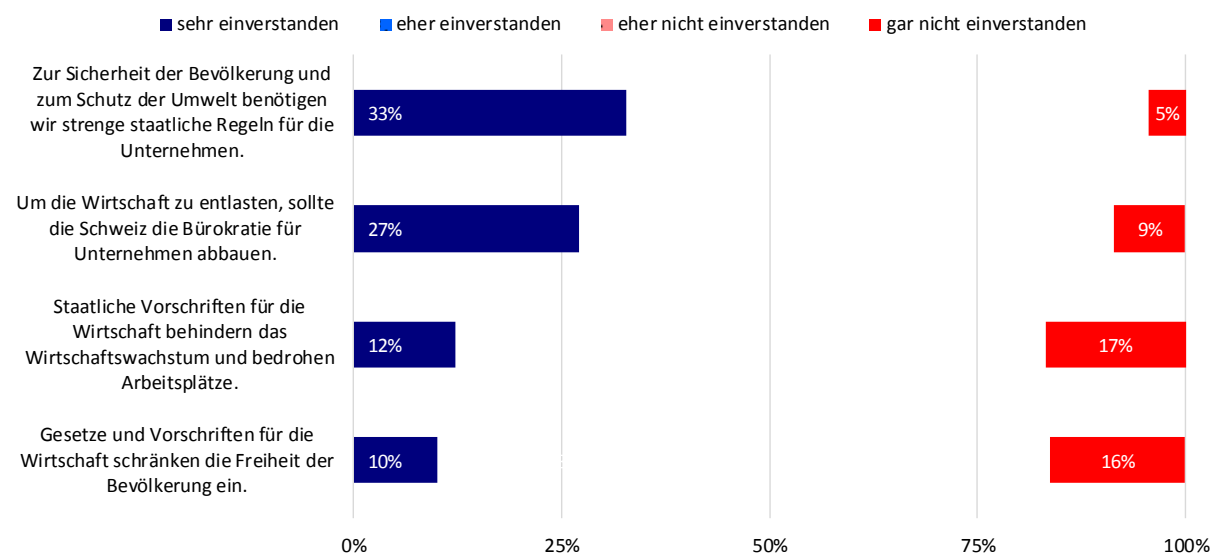
Wohlstand und Freiheit für Mehrheit von Regulierung ungefährdet, aber administrative Last als Ärgernis

Die politische Debatte um die Frage nach dem Wie und Wieviel an staatlicher Regulierung nimmt aktuell gerade wieder Fahrt auf. Wie viel Anklang finden die jeweiligen Argumente aus dem Lager der Regulierungskritiker und demjenigen der Befürworter? Den Teilnehmenden wurde zur Beantwortung dieser Frage eine Auswahl an einschlägigen Argumenten vorgelegt (Abb. 2.8). Die regulierungsfreundliche Aussage, dass strenge Vorschriften für die Unternehmen zur Sicherheit der Bevölkerung und zum Schutz der Umwelt notwendig sind, findet dabei am meisten Zustimmung von allen Argumenten. 80 Prozent der Befragten sind mit dieser Aussage «eher» oder sogar «sehr einverstanden». Allerdings zeigt sich eine deutliche Geschlechterkluft – die Zustimmungsrate bei Frauen ist 9 Prozentpunkte höher als bei Männern. Wenig überraschend variiert die Zustimmung auch signifikant entlang dem politischen Links-Rechts-Spektrum. Werte von um die 90 Prozent finden sich bei Anhängerinnen und Anhängern von Grünen, SP und auch CVP. Im Gegenzug liegt die Zustimmung bei Personen, welche mit der FDP oder der SVP sympathisieren, unter 75 Prozent.

Ebenfalls eine klare Mehrheit, nämlich zwei von drei Befragten, stimmt der Aussage zu, dass die Bürokratie für die Wirtschaft verringert werden sollte. Obwohl bei der administrativen Belastung meist nicht nur der durch Regulierung im engeren Sinne verursachte finanzielle und zeitliche Mehraufwand von Unternehmen gemeint ist (sondern z.B. auch die Abrechnung der Mehrwertsteuer), so ist es dennoch eines der meistverwendeten Argumente des regulierungsskeptischen Lagers und, wie die Befragung zeigt, auch ein überzeugendes.

Das stärker auf die gesamtwirtschaftlichen Folgen abzielende Argument, dass die Regulierung das Wirtschaftswachstum behindert und letztlich Arbeitsplätze bedroht, überzeugt hingegen lediglich eine Minderheit von 43 Prozent. Den gleichen Anteil an Zustimmung erhält die Sichtweise, dass staatliche

Abbildung 2.8 Zustimmung zu ausgewählten Argumenten der Regulierungsdebatte



Der maximale statistische Unschärfbereich der ausgewiesenen Werte beträgt +/- 2.9 Prozentpunkte (95%-Vertrauensintervall). N zwischen 1'132 und 1'178.

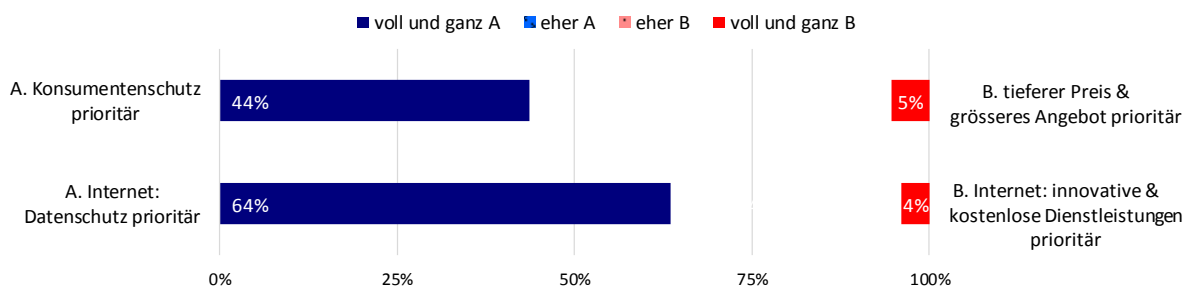
Regeln und Vorschriften auch fundamentale Rechte tangieren, indem sie sukzessive die individuelle Freiheit einschränken. Alle drei regulierungskritischen Argumente finden besonders stark Zuspruch bei Führungskräften, Personen ab 40 Jahren, sowie Anhängerinnen und Anhängern von FDP und SVP. Die Forderung nach einem Abbau der Bürokratie wird zudem in der Romandie deutlich häufiger unterstützt als in der Deutschschweiz. Gemeinsam betrachtet legen die Ergebnisse für diese drei regulierungsskeptischen Argumente den Schluss nahe, dass für die breite Bevölkerung die administrative Belastung von Unternehmen zwar als Ärgernis betrachtet wird, eine ernsthafte Bedrohung des wirtschaftlichen Wohlstandes oder der individuellen Freiheit stellt die staatliche Regulierung der Wirtschaft aber lediglich für eine Minderheit dar.

Geringe Kostensensitivität der Bevölkerung bei der Abwägung von Regulierungsfolgen

Die bis anhin präsentierten Ergebnisse haben gezeigt, dass der Nutzen von Regulierungen namentlich in den Bereichen Gesundheit, Umweltschutz und Konsumentenschutz als hoch bewertet wird. Gleichzeitig ist aber in den Antworten, welche die Kosten von Regulierungen thematisieren, eine – wenn auch weniger stark ausgeprägte – Sensibilität der Befragten für die negativen Folgen von Regulierungen auszumachen. Das sich ergebende Gesamtbild entbehrt nicht einer gewissen Widersprüchlichkeit. So befürworten etwa, wie wir gesehen haben, über drei Viertel der Befragten strenge Regeln und Vorschriften für Unternehmen zum Schutz der Gesundheit und für die Sicherheit der Bevölkerung, während sich eine fast ebenso grosse Mehrheit von zwei Dritteln einen Abbau der Bürokratie für die Unternehmen wünscht. Nicht nur die Politik, sondern auch die Bevölkerung scheint bei der Regulierung nicht davor gefeit zu sein, «de Föifer und s Weggli» haben zu wollen. Zwar können regulatorische Massnahmen optimiert werden, um maximale Wirkung bei möglichst tiefen Kosten zu erzielen, aber ein gewisser Zielkonflikt bleibt letztlich unvermeidlich.

Wie entscheiden die Befragten, wenn sie zu einer solchen Güterabwägung zwischen Kosten und Nutzen von Regulierungen gedrängt werden?⁷ Vor die Wahl gestellt zwischen dem Konsumentenschutz

Abbildung 2.9 Trade-off zwischen Nutzen und Kosten von Regulierung



Frage 1: «Sollte bei der Festlegung staatlicher Regeln und Vorschriften der Schutz der Konsumenten an erster Stelle stehen? Oder sind der tiefere Preis und das grössere Angebot wichtiger?» (N = 1'158)

Frage 2: «Im Internet, sollte da der Schutz der persönlichen Daten an erster Stelle stehen? Oder ist das möglichst grosse Angebot an innovativen und kostenlosen Dienstleistungen wichtiger?» (N = 1'146)

Der maximale statistische Unschärfbereich der ausgewiesenen Werte beträgt +/- 2.9 Prozentpunkte (95%-Vertrauensintervall).

⁷ Aus der Forschung ist bekannt, dass die Antworten zu solchen letztlich hypothetischen Fragen und das aktuelle Verhalten nicht immer deckungsgleich sind, so wird etwa von den Befragten die eigene Kostensensitivität tendenziell unterschätzt (vgl. dazu etwa Schnell 2012: 99). Dies ist bei der Interpretation der Resultate im Folgenden zu berücksichtigen.

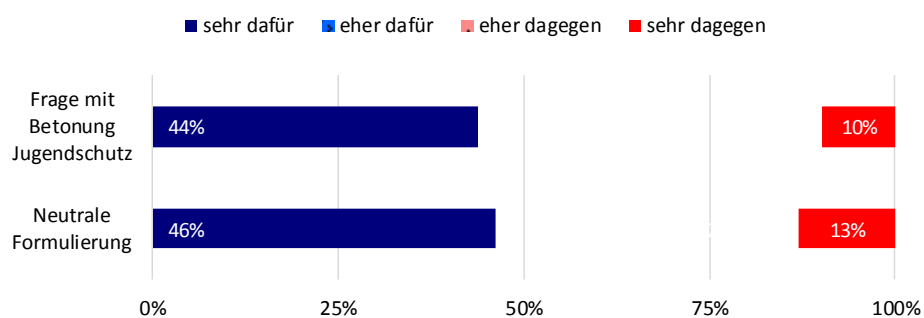
auf der einen und einem grösseren Angebot und tieferen Preisen auf der anderen Seite, entscheiden sich 82 Prozent «eher» oder «voll und ganz» für den Konsumentenschutz (Abb. 2.9). Damit fällt hier, wo in der Frageformulierung der Preis ebenfalls erwähnt wird, den Konsumenten für entsprechende Regulierungsmassnahmen zu bezahlen haben, die Zustimmung nur unmerklich tiefer aus als bei der vorherigen Frage, die nur nach der Wichtigkeit des Konsumentenschutzes allein fragte.

Bei der thematisch engeren Frage, ob man im Internet den Datenschutz oder das möglichst grosse Angebot an innovativen und kostenlosen Dienstleistungen stärker gewichtet, geben gar 87 Prozent der Befragten dem Datenschutz den Vorrang. Bei beiden Fragen zeigen sich Unterschiede zwischen den Geschlechtern und entlang des politischen Spektrums. Der Anteil derjenigen, welche den Nutzen von Regulierungen höher gewichten als die Kosten, ist bei den Frauen jeweils rund 10 Prozentpunkte höher als bei den Männern. Und er ist ebenfalls signifikant höher bei den Befürwortern von Staatseingriffen im Vergleich zu den Anhängern eines freien Marktes – 12 Prozentpunkte beim Konsumentenschutz, 6 Prozentpunkte beim Datenschutz.⁸

Insgesamt sprechen diese Ergebnisse eine deutliche Sprache: Bei der expliziten Abwägungen zwischen dem Nutzen und den Kosten von Regulierungen steht für die Befragten der Nutzen klar im Vordergrund, während die durch die staatlichen Vorschriften anfallenden Kosten in den Hintergrund treten.

Aus der politischen Psychologie ist bekannt, dass Meinungsbildung ein komplexer und dynamischer Prozess ist. Individuen formen ihre Meinung über ein bestimmtes Thema auf Basis der verfügbaren Informationen. Je präsenter und gewichtiger ein bestimmtes Argument oder ein Blickwinkel zu diesem Zeitpunkt, desto stärker dessen Einfluss auf die Meinungsbildung. Vor diesem Hintergrund wurden die Befragten in zwei gleich grosse Gruppen geteilt und unterschiedlich zu ihrer Haltung zu einem

Abbildung 2.10 Unterschiedliches Framing beim Verbot von Tabakwerbung

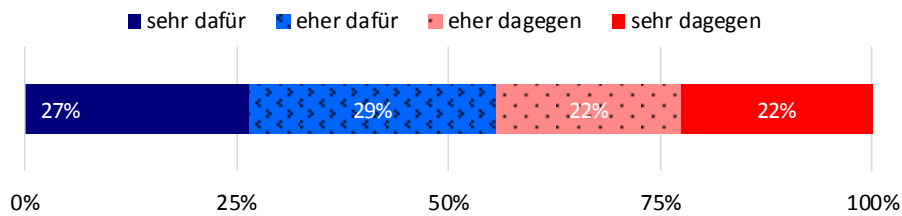


Formulierung der zu bewertenden Aussage mit Erwähnung des postulierten Nutzens: «Wegen des Jugendschutzes sollte die Zigaretten- und Tabakwerbung in der Schweiz ganz verboten werden.» (N = 609)

Neutrale Formulierung: «Die Zigaretten- und Tabakwerbung sollte in der Schweiz ganz verboten werden.» (N = 584)

Der maximale statistische Unschärfbereich der ausgewiesenen Werte beträgt +/- 4.1 Prozentpunkte (95%-Vertrauensintervall).

⁸ Die Einteilung der Befragten in Staatsbefürworter und Marktanhänger wird basierend auf einem bei politikwissenschaftlichen Befragungen weit verbreiteten Frage-Item zur Bestimmung der wirtschaftlichen Links-Rechts-Orientierung einer Person vorgenommen. Die Teilnehmenden werden konkret gefragt, ob sie dafür sind, dass der Staat stark in die Wirtschaft eingreift, oder dass man sich voll auf den freien Markt verlässt.

Abbildung 2.11 Einstellungen zur Liberalisierung der Ladenöffnungszeiten (abends)

Zu bewertende Aussage: «Die Ladenöffnungszeiten sollten liberalisiert werden, damit Geschäfte selber entscheiden können, wie lange man am Abend bei ihnen einkaufen kann.» Der maximale statistische Unschärfbereich der ausgewiesenen Werte beträgt +/- 2.7 Prozentpunkte (95%-Vertrauensintervall). N = 1'179.

Werbeverbot für Tabakprodukte befragt, wie es im Entwurf zum entsprechenden Bundesgesetz vorgesehen ist. Die Frageformulierung bei der ersten Gruppe erwähnte mit dem Jugendschutz explizit den von den Befürwortern postulierten Nutzen eines solchen Verbotes, während bei der zweiten Gruppe diese zusätzliche Information nicht vermittelt wurde. Der Anteil der Personen, welche einem schweizweiten Werbeverbot «eher» oder «sehr» zustimmen, ist bei der ersten Gruppe mit 72 Prozent um 6 Prozentpunkte höher als bei der zweiten Gruppe (Abb. 2.10). Dies ist im Einklang mit der Erwartung, dass mit der Erwähnung des Jugendschutzes ein Argument verfügbar wird, welches den Meinungsbildungsprozess in Richtung eines Verbotes zu beeinflussen vermag. Allerdings ist die beobachtete Differenz zwischen den beiden Gruppen knapp unterhalb der statistischen Signifikanzschwelle.

Bei einer weiteren Frage, konkret zur schweizweiten Liberalisierung der abendlichen Öffnungszeiten im Detailhandel, wird der Nutzen einer liberalen Regulierung für die Konsumenten offensichtlich, während die von den Gegnern geltend gemachten Kosten, die allfällige Verschlechterung der Arbeitsbedingungen der Angestellten, nicht thematisiert werden. Eine Mehrheit von 56 Prozent befürwortet hier eine Liberalisierung und damit einen Abbau von Regulierungen im Detailhandel (Abb. 2.11), während diese Haltung bei der Frage oben nach dem generellen Regulierungsbedarf in dieser Branche nur von einer Minderheit geteilt wurde. Die Befürworter einer Liberalisierung der Ladenöffnungszeiten sind vergleichsweise stärker vertreten in der Deutschschweiz, bei Männern, Anhängern von FDP und SVP, sowie jüngeren Personen.

Einstellungen zu Regulierungen, soviel legen diese Ergebnisse nahe, sind nicht in Stein gemeißelt, sondern dynamisch und immer auch abhängig vom Kontext. Informationen, Argumente, Güterabwägungen und unterschiedliche Blickwinkel, wie sie auch in der öffentlichen Debatte über Sinn und Zweck von Regulierungen vermittelt werden und miteinander im Wettstreit stehen, tragen ihren Teil zum anhaltenden Prozess der Meinungsbildung der Bevölkerung bei.

2.3 Wie regulieren? Die Beliebtheit unterschiedlicher Instrumente und Regulierungsmodi

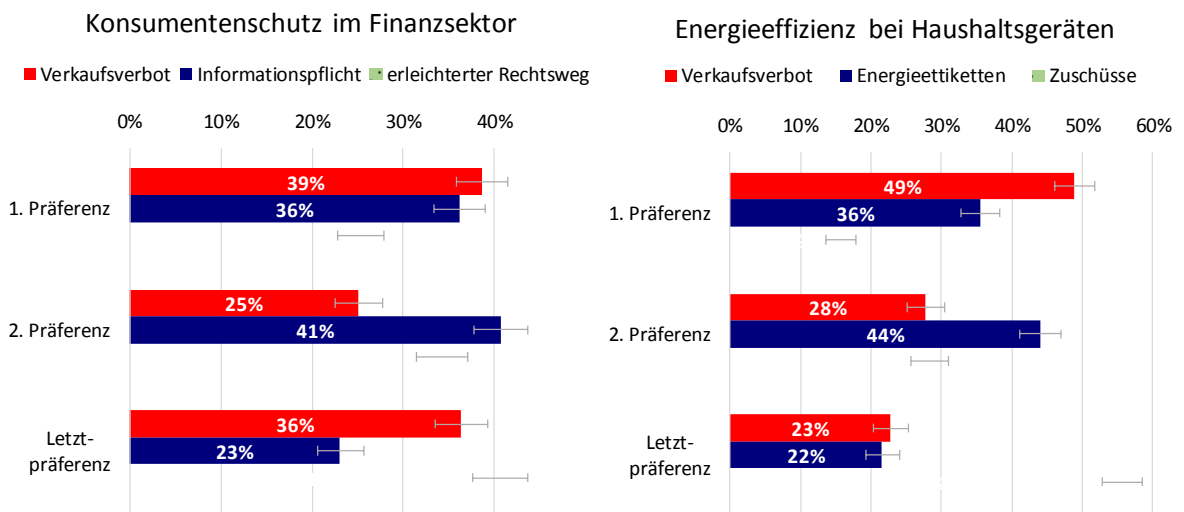
Wenn reguliert werden soll, auf welche Art und Weise soll dies geschehen? Es gibt nicht nur die *eine* Regulierung, sondern ein ganzes Arsenal an regulatorischen Instrumenten, die oft auch noch kombiniert werden. Klassische regulatorische Instrumente sind Gebote und Verbote. Staatliche Behörden verfügen jedoch auch über eine Vielzahl an sanfteren, weniger stark eingreifenden Methoden. Beispiele sind Anreize, sei dies durch steuerliche Begünstigung oder Subventionen, und die gezielte Verbreitung von Information. Auch ob detaillierte Regeln vorgeschrieben oder nur allgemeine Ziele festgelegt werden, wie viel Flexibilität bei der Umsetzung von gesetzlichen Vorgaben besteht, ob die Beziehung zwischen Regulator und Regulierten eher kooperativ oder konfliktuell ist, wer regulieren soll, welche staatliche Ebene zuständig ist und wie sanktioniert wird – all diese zahlreichen Dimensionen von Regulierung können sich im konkreten Einzelfall unterscheiden. In der Befragung wurde die Haltung der Bevölkerung zu einzelnen dieser Dimensionen näher ausgeleuchtet.

Polarisierende Verbote, mehrheitsfähige Informationsmassnahmen

Um die Akzeptanz von unterschiedlichen Typen von Regulierungsinstrumenten in der Bevölkerung zu bestimmen, wurden die Befragten gebeten, vorgegebene (bestehende oder aktuell debattierte) Regulierungsmassnahmen nach Beliebtheit zu rangieren. Die beiden gewählten konkreten Regulierungsbereiche waren der Konsumentenschutz im Finanzsektor sowie Massnahmen zur Steigerung der Energieeffizienz von Haushaltsgeräten. Es ging dabei nicht um die Frage, *ob* eine Regulierung in diesen Bereichen von den Befragten überhaupt gewünscht ist, sondern nur darum, *auf welche Art und Weise* diese bevorzugt erfolgen soll. Im Rahmen der standardisierten Befragung war die Wahl auf die vorgegebenen jeweils drei Optionen beschränkt.

Am häufigsten als erste Präferenz wird für beide Bereiche die Massnahme eines Verkaufsverbots gewählt (Abb. 2.12). Bei den Haushaltsgeräten entscheiden sich 49 Prozent der Befragten dafür, beim Schutz der Finanzkundinnen und -kunden sind es 39 Prozent. Das Verkaufsverbot polarisiert allerdings stark. Obwohl es beim Finanzsektor die meisten Erstnennungen erhielt, war es gleichzeitig für mehr als ein Drittel der Befragten die unbeliebteste Massnahme (36 Prozent Anteil Letztpräferenzen). Gerade anders verhält es sich bei der Informationsmassnahme im Finanzbereich. Mit 36 Prozent aller Nennungen ist die Aufklärungspflicht über die Risiken von Finanzprodukten die am zweithäufigsten genannte Erstpräferenz und liegt nur knapp (und nicht statistisch signifikant) hinter dem Verkaufsverbot von besonders riskanten Produkten. Als «sanftere», weniger rigide Massnahme als das Verkaufsverbot erhält sie zudem deutlich mehr kombinierte Erst- und Zweitpräferenzen und ist somit mehrheitsfähiger. Beim Bereich Haushaltsgeräte findet sich die entsprechende Informationsmassnahme, die Energieetikette, bei den Erstpräferenzen mit 36 Prozent aller Nennungen ebenfalls auf dem zweiten Platz.

Abbildung 2.12 Favorisierte Regulierungsinstrumente



Formulierung der Frage zum Konsumentenschutz im Finanzsektor: «Die gesetzlichen Vorschriften im Banken- und Versicherungsbereich werden zurzeit überarbeitet. Wenn Sie sich für eine der diskutierten Konsumentenschutzmassnahmen entscheiden müssten, welche würden Sie an erster Stelle wählen?» (N = 1'119).

Frage zur Energieeffizienz bei Haushaltsgeräten: «Die Schweizer Energiepolitik hat eine höhere Energieeffizienz zum Ziel. Welche der folgenden drei Energiespar-Massnahmen bei neuen Haushaltsgeräten würden Sie an erster Stelle wählen?» (N = 1'191). Die ausgewiesenen 95%-Vertrauensintervalle entsprechen dem Bereich mit den plausiblen Werten für die Grundgesamtheit.

Deutlich am unbeliebtesten war die jeweilige dritte zur Auswahl stehende Option. Beim Schutz der Finanzkunden wurde der erleichterte Rechtsweg für Privatkunden im Streitfall von lediglich einem Viertel der Befragten als Erstpräferenz genannt. Bei den Haushaltsgeräten erhielten die staatlichen Zuschüsse beim Kauf von besonders energiesparenden Geräten nur gerade 16 Prozent der Erstpräferenzen.

Schaut man sich die Ergebnisse detailliert nach Bevölkerungsgruppen an, so zeigt sich, dass sowohl bei Befürwortern von Staatseingriffen⁹ als auch bei der jüngsten Altersgruppe der 18-39-Jährigen das Verkaufsverbot die mit Abstand am häufigsten genannte Erstpräferenz zur Förderung der Energieeffizienz von Haushaltsgeräten ist, während die ab 65-Jährigen häufiger die Energieetikette favorisieren (Abb. 5.2 im Anhang). Bei den Marktbefürwortern schliesslich liegen die Erstpräferenzen für ein Verkaufsverbot und die Energieetikette gleichauf und keine Regulierungsmassnahme wird eindeutig bevorzugt.

⁹ Die Einteilung der Befragten in Staatsbefürworter und Marktanhänger wird basierend auf einem bei politikwissenschaftlichen Befragungen weit verbreiteten Frage-Item zur Bestimmung der wirtschaftlichen Links-Rechts-Orientierung einer Person vorgenommen. Die Teilnehmenden werden konkret gefragt, ob sie dafür sind, dass der Staat stark in die Wirtschaft eingreift, oder dass man sich voll auf den freien Markt verlässt.

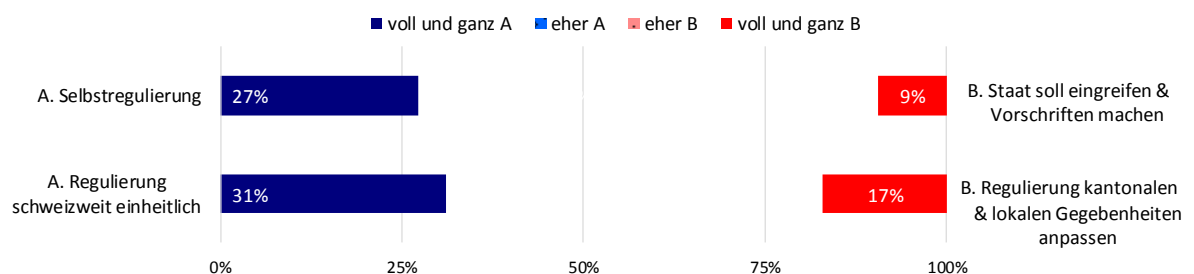
Für brancheneigene Lösungen und gegen den «Kantönlicheist» bei Regulierungen

Nicht nur die Art des gewählten Regulierungsinstrumentes kann variieren, auch die Frage nach dem zuständigen Regulator und der politischen Ebene, auf welcher eine Regulierung angesiedelt sein soll, ist politisch oft umstritten. Die Teilnehmenden wurden diesbezüglich nach ihrer grundsätzlichen Haltung gefragt. Gerade in der Schweiz ist es in zahlreichen Wirtschaftsbereichen weit verbreitete und traditionelle Praxis, dass nicht oder nicht exklusiv der Staat als Regulator auftritt, sondern dass diese Rolle (in unterschiedlichem Ausmass) von Branchenorganisationen wahrgenommen wird. Sachkenntnis und Effizienz, so wird häufig argumentiert, sind bei der Selbstregulierung in höherem Ausmass gewährleistet.

Geht es in der Befragung sonst immer um Einstellungen zu staatlicher Regulierung, wurden die Teilnehmenden bei dieser Frage deshalb gebeten, sich zwischen dem Staat und den Branchenverbänden als Regulator zu entscheiden. Eine klare Mehrheit von 80 Prozent der Befragten geben der Selbstregulierung «voll und ganz» oder «eher» den Vorzug vor staatlichen Eingriffen (Abb. 2.13). Auch in allen relevanten soziodemographischen und parteipolitischen Bevölkerungssegmenten bevorzugt jeweils eine Mehrheit die Selbstregulierung. Eher knapp ist diese Mehrheit bei Anhängern von SP und Grünen mit jeweils 55 Prozent, besonders stark ausgeprägt bei FDP- und SVP-Anhängern sowie den parteipolitisch nicht festgelegten Personen mit Anteilen von jeweils rund 75 Prozent. Die in der Schweiz weit verbreitete Branchenselbstregulierung ist, so demonstrieren diese Ergebnisse, in der Bevölkerung breit abgestützt und wird von dieser als Mittel erster Wahl gesehen.

Differenzierter fällt das Ergebnis bei der Frage aus, ob bei Regulierungen die schweizweite Einheitlichkeit oder die regionale Autonomie höher zu gewichten ist. Insgesamt ist es mit 59 Prozent zwar eine deutliche Mehrheit, die bundesweite Vorgaben gegenüber lokal und kantonal angepassten Lösungen bevorzugt (Abb. 2.13). Bei genaueren Hinsehen unterscheiden sich die Ergebnisse jedoch beträchtlich in den beiden Sprachregionen. Während in der Deutschschweiz 63 Prozent der Befragten für schweizweit einheitliche Regeln eintreten, bevorzugt in der Romandie eine knappe (statistisch jedoch nicht

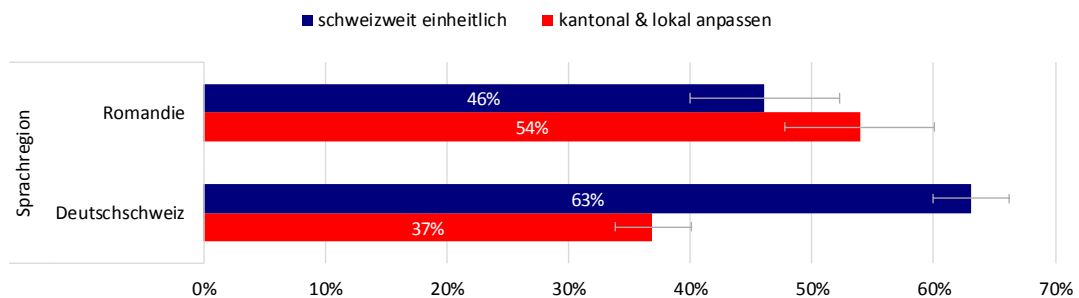
Abbildung 2.13 Wer soll regulieren und auf welcher Ebene soll reguliert werden?



Frage Regulator: «Wenn es Probleme in einer Wirtschaftsbranche gibt: Sollten dann die Branchenverbände selber verbindliche Regeln festlegen? Oder sollte der Staat eingreifen und Vorschriften machen?» (N = 1'119).

Frage Ebene: «Allgemein gesehen, sollten staatliche Regeln und Vorschriften für die Wirtschaft den kantonalen und lokalen Gegebenheiten angepasst werden? Oder sollten sie in der ganzen Schweiz einheitlich sein?» (N = 1'154).

Der maximale statistische Unschärfbereich der ausgewiesenen Werte beträgt +/- 2.9 Prozentpunkte (95%-Vertrauensintervall).

Abbildung 2.14 Nationale Einheitlichkeit vs. regionale Autonomie nach Sprachregion

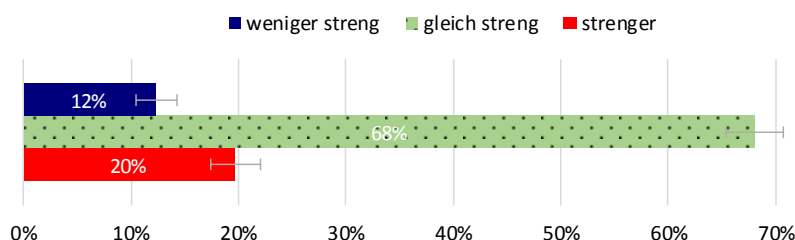
Die ausgewiesenen 95%-Vertrauensintervalle entsprechen dem Bereich mit den plausiblen Werten für die Grundgesamtheit. N Romandie = 279, N Deutschschweiz = 934.

signifikante) Mehrheit von 54 Prozent regional angepasste Lösungen (Abb. 2.14). Grundsätzliche Befürchtungen der sprachlichen Minderheit, dass ihren Bedürfnissen bei gesamtschweizerischen Regelungen zu wenig Rechnung getragen wird, könnten sich auch im Bereich der wirtschaftlichen Regulierung auswirken. Schliesslich favorisieren auch Personen über 65 Jahren regionale Autonomie häufiger als jüngere Altersgruppen.

Übernahme von EU-Regeln: Mehrheit will weder «Swiss finish» noch Verwässerung

Eine verwandte Frage, die ebenfalls unterschiedliche politische Ebenen betrifft, ist diejenige, wie EU-Regulierungen ins Schweizer Recht übernommen werden sollen. Der autonome Nachvollzug von EU-Regeln ist aufgrund der engen wirtschaftlichen Verflechtung gängige Praxis und für den Zugang der Schweizer Unternehmen zum europäischen Binnenmarkt essentiell. Der Prozess der kontinuierlichen Überprüfung auf Europakompatibilität und der entsprechenden Anpassung von Schweizer Regelungen ist im Grundsatz denn auch meist unbestritten, von einzelnen stark politisierten Ausnahmen abgesehen. Kontrovers ist hingegen, wie genau diese Übernahme gestaltet werden soll.

In der Befragung wurde dazu anlässlich der Revision des Lebensmittelrechts konkret gefragt, ob die Schweiz bei der Übernahme der EU-Vorschriften zur Lebensmittelsicherheit diese einfach übernehmen,

Abbildung 2.15 Übernahme der EU-Vorschriften zur Lebensmittelsicherheit

Frage: «Wegen den engen wirtschaftlichen Beziehungen mit den EU-Staaten stellt sich für die Schweiz regelmässig die Frage, wie stark sie EU-Regeln und Vorschriften übernehmen sollte. Was meinen Sie, sollten die Vorschriften zur Lebensmittelsicherheit in der Schweiz im Vergleich zur EU strenger, gleich streng, oder weniger streng sein?»

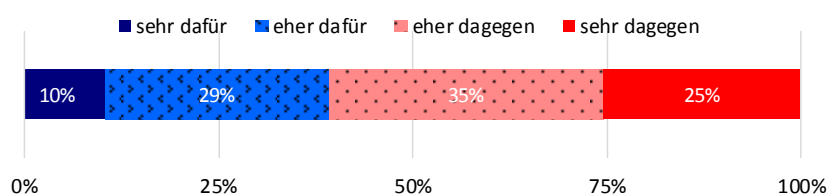
Die ausgewiesenen 95%-Vertrauensintervalle entsprechen dem Bereich mit den plausiblen Werten für die Grundgesamtheit. N = 1'132.

verschärfen oder abschwächen soll. Eine Mehrheit von 68 Prozent sprechen sich für eine einfache Übernahme aus (Abb. 2.15). Eine Verschärfung, ein sogenanntes «Swiss finish», wird lediglich von jeder fünften Person gefordert. Der Anteil der Personen, der eine Abschwächung verlangt, ist mit 12 Prozent noch kleiner. Die Beantwortung der Frage ist anspruchsvoll, da sie europapolitische als auch regulatorische Einstellungen betrifft. Beides dürfte dafür verantwortlich sein, dass Anhänger der SVP mit Abstand am Häufigsten mit einem Anteil von 22 Prozent für eine Abschwächung eintreten. Aber auch unter den Anhängern der Schweizerischen Volkspartei befürwortet eine deutliche Mehrheit von 62 Prozent die unveränderte Übernahme der EU-Vorschriften.

Ausnahmeregelungen für KMU stossen nicht automatisch auf Zuspruch

Beliebte politische Forderungen sind abgestufte Regulierungen, welche auf die spezifische Situation einzelner Unternehmen und Wirtschaftsbranchen Rücksicht nehmen. Oft geht es dabei um Ausnahmeregelungen für KMU-Betriebe, um eine unverhältnismässige Belastung derselben zu vermeiden. Die Befragten wurden zu ihrer Haltung zu einer solchen konkreten Massnahme im Rahmen der jüngsten Lebensmittelgesetz-Revision befragt (Abb. 2.16). 60 Prozent sprechen sich gegen eine Ausnahmeregelung für Kleinstbetriebe aus, welche diesen ein vereinfachtes Verfahren bei der Lebensmittelkontrolle ermöglichen würde. Die Ablehnung ist am stärksten in der Deutschschweiz und bei der Gruppe der 18-39-Jährigen. Überraschenderweise sind auch Erwerbstätige in KMU-Betrieben, die in den Genuss von vergleichbaren Regelungen kommen würden, gegenüber dieser Forderung nicht nennenswert wohlwollender eingestellt als Angestellte von Grossunternehmen. Unterschiedliche parteipolitische Sympathien beeinflussen den Grad an Zustimmung ebenfalls nicht in signifikanter Weise. Offenbar stand für die Befragten hier das Argument gleich langer Spiessen für alle Unternehmen sowie die Sicherheit der Konsumentinnen und Konsumenten stärker im Vordergrund als die KMU-Förderung. Grundsätzlich, so legt der Befund nahe, sind solche Ausnahmeregelungen auch für die KMU, die grundsätzlich die Sympathien der Bevölkerung geniessen, kein Selbstläufer.

Abbildung 2.16 Vereinfachte Vorschriften für Kleinstbetriebe (Lebensmittelkontrolle)



Zu bewertende Aussage: «Kleine Metzgereien und Bäckereien mit unter 10 Mitarbeitern sollten weniger aufwändige Lebensmittelkontroll-Vorschriften befolgen müssen als Grossbetriebe». Der maximale statistische Unschärfebereich der ausgewiesenen Werte beträgt +/- 2.8 Prozentpunkte (95%-Vertrauensintervall). N = 1'172.

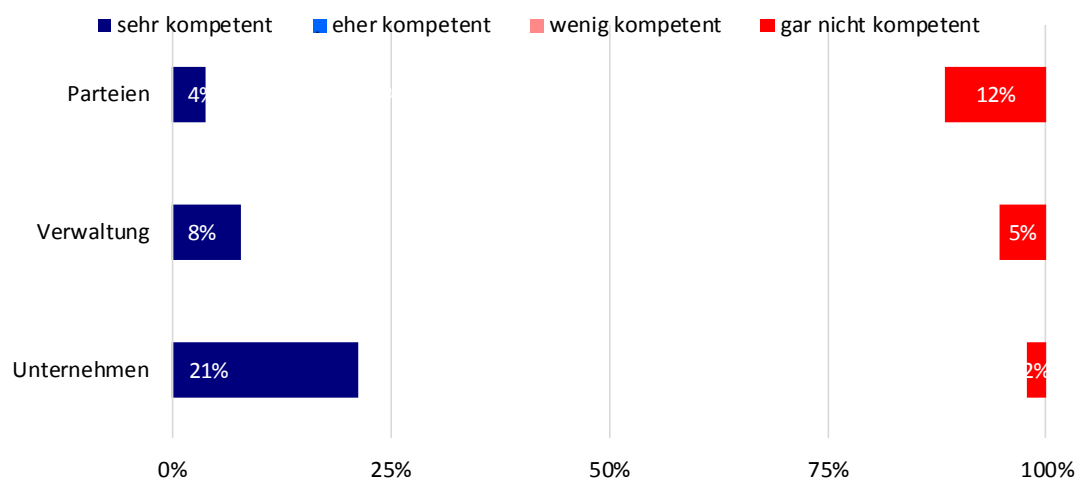
2.4 Beurteilung der Regulierungskompetenz von Unternehmen, Verwaltung und Parteien

Kompetent wahrgenommene Unternehmen und Verwaltung, Parteien mit Imageproblem

Staatliche Regulierungsmassnahmen entstehen im Dreieck von Politik, Verwaltung und Wirtschaft. Während die Politik teils den Anstoss für eine Regulierungsmassnahme gibt und ihr letztlich die demokratische Legitimation verleiht, kümmert sich die Verwaltung in erster Linie um die konkrete Ausgestaltung und Umsetzung einer Massnahme. Einzelne Unternehmen sind es schliesslich, deren Tätigkeit von Regulierungen konkret betroffen sind und welche die anfallenden Kosten oder den Mehraufwand zu tragen haben. Diese bringen sich deshalb bereits frühzeitig in den Gesetzgebungsprozess ein, sei dies direkt oder vermittelt über Interessenverbände und politische Parteien.

Die Befragten wurden gebeten, die Kompetenz von Verwaltung, Parteien und Unternehmen in Regulierungsfragen zu bewerten. Am kompetentesten von diesen drei Akteuren werden dabei die Unternehmen eingestuft – 86 Prozent der Befragten sehen diese bei der Frage, wie Vorschriften für die Wirtschaft zu gestalten sind als «eher kompetent» oder «sehr kompetent» (Abb. 2.17). Die Verwaltung stuft ebenfalls eine stattliche Mehrheit von immerhin noch 70 Prozent als kompetent ein. Die Parteien fallen dahingegen deutlich ab: Diese werden von weniger als der Hälfte, nämlich nur noch von 44 Prozent der Befragten, als «eher kompetent» oder «sehr kompetent» beurteilt. Dieser tiefe Wert ist durchaus wenig überraschend, wenn man ihn mit Resultaten aus anderen Befragungen vergleicht – Parteien leiden, obwohl unerlässlich für die Demokratie, unter einem notorisch schlechten Ruf, nicht zuletzt aufgrund von in Wahlkämpfen selber geschürten unrealistischen Erwartungen und kontinuierlicher wechselseitiger und von den Medien akzentuierter Kritik.

Abbildung 2.17 Kompetenzzuschreibung in Regulierungsfragen



Frage: «Wenn es um die Frage geht, wie der Staat in die Wirtschaft eingreifen sollte und wie Vorschriften für Unternehmen zu gestalten sind: Für wie kompetent halten Sie da...»

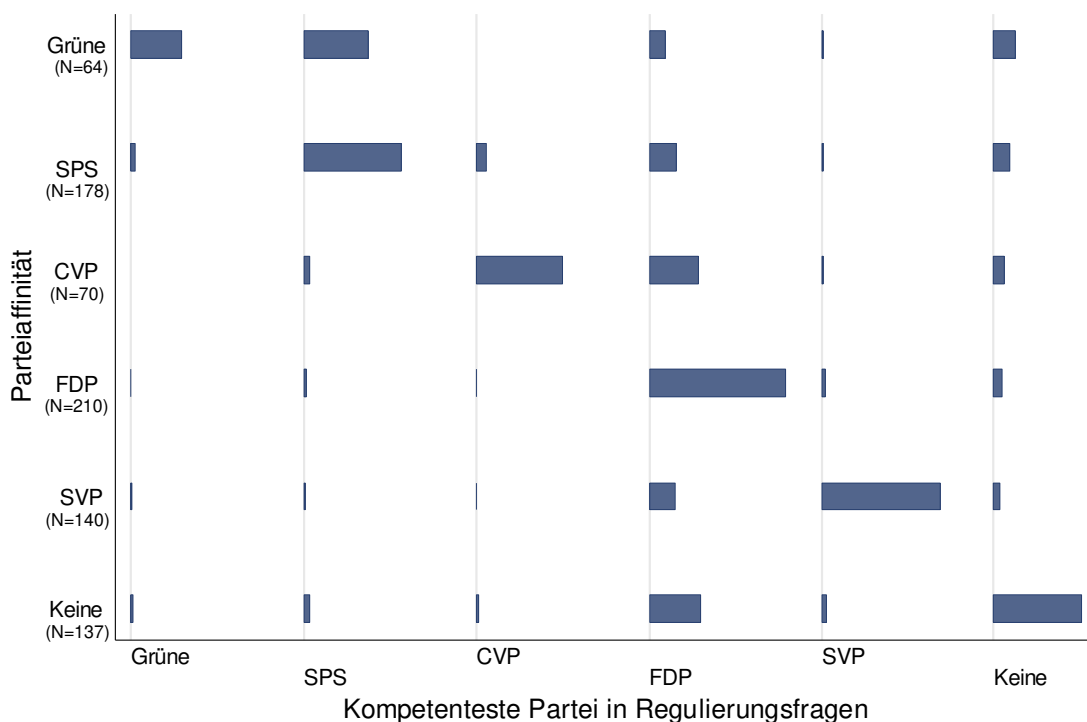
Der maximale statistische Unschärfbereich der ausgewiesenen Werte beträgt +/- 2.9 Prozentpunkte (95%-Vertrauensintervall). N jeweils zwischen 1'107 und 1'045.

FDP als themenführende Partei in Regulierungsfragen

Parteien sind eine äusserst heterogene Gruppe, und deshalb wurde in einem zweiten Schritt nach derjenigen Partei gefragt, der die Befragten am meisten Kompetenz in Regulierungsfragen zugestehen. In der Politikwissenschaft ist diese sogenannte Themenführerschaft ein zentrales Konzept, da sie ein wichtiger Faktor ist, um den Wahlerfolg einer Partei zu erklären. Die am häufigsten genannte Partei bei der Themenführerschaft ist mit 38 Prozent aller Nennungen die FDP. Damit bestätigt sich für den spezifischen Bereich der Regulierung, was für das Thema Wirtschaft bei den eidgenössischen Wahlen 2015 ebenfalls zutraf. Diese Themenführerschaft der FDP in Wirtschaftsfragen war zudem ein wichtiger Faktor für den Wahlerfolg dieser Partei (Lutz 2016, Lutz und Sciarini 2016). Am zweithäufigsten als kompetenteste Partei in Regulierungsfragen genannt wird mit 17 Prozent die SP, danach folgen mit je 14 Prozent die SVP als auch der Anteil derjenigen Befragten, die explizit «keine Partei» als Antwort auf diese Frage gaben. Die CVP schliesslich kommt auf 7 Prozent der Nennungen, die restlichen 10 Prozent der Nennungen verteilen sich auf andere Parteien.

Diese Werte sind allerdings nur bedingt aussagekräftig, da sie stark von der Grösse der Anhängerschaft der jeweiligen Partei abhängen. Die Mehrheit der Befragten gestehen nämlich ihrer bevorzugten Partei auch die Führerschaft bei den meisten Themen zu. Parteien mit einer grossen Wählerstärke sind dadurch automatisch im Vorteil. Doch wie stark gelingt es Parteien, über ihre eigene Anhängerschaft

Abbildung 2.18 Kompetenteste Partei in Regulierungsfragen (Themenführerschaft)



Für jede Gruppe von Parteisympathisanten werden auf der entsprechenden Zeile die Anteile ausgewiesen, mit der eine bestimmte Partei als in Regulierungsfragen am kompetentesten genannt wird. Die Anteile über eine ganze Zeile ergeben jeweils 100 Prozent. Nur Parteien mit mindestens 50 Nennungen bei der Parteiaffinität werden ausgewiesen.

Frage: «Und welches ist Ihrer Meinung nach die kompetenteste politische Partei bei diesem Thema, also wie der Staat in die Wirtschaft eingreifen sollte und wie Vorschriften für die Unternehmen zu gestalten sind?»

hinaus die Themenführerschaft in Regulierungsfragen an sich zu reißen? Abb. 2.18 zeigt dazu die Parteien-Themenführerschaft in Abhängigkeit von der Parteilaffinität der Befragten. Deutlich sichtbar ist, dass die Anhänger einer bestimmten Partei mehrheitlich die eigene Partei als themenführend einstufen: SP-Anhänger nennen die SP am häufigsten als am kompetentesten in Regulierungsfragen, CVP-Anhänger die CVP usw. Dieses allgemeine Verhaltensmuster manifestiert sich in der Abbildung als diagonale Häufung der Anteile. Was ebenfalls auffällt, ist eine zusätzliche vertikale Häufung bei der FDP. Dies belegt, dass sie die einzige Partei ist, die es auf breite Weise schafft, nicht nur ihre eigenen Anhänger, sondern auch jene der anderen Parteien von ihrer Themenführerschaft im Bereich Regulierung zu überzeugen. Die einzige Abweichung von diesem Muster findet sich bei den Anhängern der Grünen, welche mehrheitlich die SP als am kompetentesten in Regulierungsfragen einstufen.

3 Fazit

Es wird zu viel reguliert in der Schweiz und die Kosten der Bürokratie laufen aus dem Ruder – dies der Tenor unter Wirtschaftsführern und bürgerlichen Parteien. Doch was denkt eigentlich die Bevölkerung über dieses Thema? Basierend auf einer repräsentativen Befragung von 1'213 stimmberechtigten Personen in der deutsch- und französischsprachigen Schweiz vermitteln die Ergebnisse der vorliegenden Studie ein facettenreiches Gesamtbild, das sich nicht auf ein simples Schema von «guter» oder «böser» Regulierung reduzieren lässt, sondern sich in differenzierten und ausgewogenen, wenn auch nicht gänzlich widerspruchsfreien Einstellungen zu staatlicher Regulierung für die Wirtschaft niederschlägt. Weiter zeigen sich Unterschiede innerhalb der Bevölkerung bezüglich der vorhandenen ideologischen Grundhaltungen, aber auch weiteren Faktoren wie Geschlecht, Alter und beruflicher Situation.

Staatliche Interventionen bei Marktversagen oder zur Erreichung bestimmter gesellschaftlich wünschenswerter Ziele werden im Grundsatz als legitim und wichtig erachtet. Eine deutliche Mehrheit von jeweils 85 oder mehr Prozent der Befragten stuft die typischen Ziele von Regulierung, namentlich Umweltschutz, Gesundheit, Konsumentenschutz und fairer Wettbewerb, als «wichtig» oder «sehr wichtig» ein. Der gesellschaftliche Nutzen staatlicher Regulierungen ist, so lässt sich schliessen, allgemein anerkannt und grundsätzlich unbestritten.

Mit dem konkreten Ausmass der staatlichen Regeln und Vorschriften für die Wirtschaft in der Schweiz ist eine knappe relative Mehrheit von 47 Prozent zufrieden und beurteilt diese als «gerade richtig». Allerdings bemängelt doch eine starke Minderheit von 41 Prozent eine zu hohe Regulierungsdichte. Diese regulierungskritische Einschätzung dominiert unter Führungskräften, bei älteren Personen und hohem Einkommen, sowie bei Sympathisanten von der SVP und geringfügig weniger stark ausgeprägt von der FDP. Je nach Wirtschaftsbereich wird der konkrete Regulierungsbedarf jedoch differenziert gesehen: Fordern 54 Prozent der Befragten für Internet und Online-Handel mehr staatliche Regeln, so ist jeweils eine Mehrheit mit der Regulierungsdichte im Detailhandel und bei der Elektrizitätswirtschaft zufrieden. Für den Banken- und Versicherungsbereich überwiegen Rufe nach mehr Regeln mit 45 Prozent geringfügig diejenigen Stimmen, welche mit der aktuellen Situation zufrieden sind (42 Prozent). Ein Abbau von Regulierungen wird für alle Wirtschaftsbereiche nur von einer klaren Minderheit gefordert.

Für die eigene Branche schliesslich schätzt das Gros der Erwerbstätigen, nämlich 62 Prozent, die staatliche Regulierungsdichte als angemessen ein. Dieser Befund ist durchaus überraschend, sind die Befragten mit dem regulatorischen Umfeld hier doch nicht nur besser vertraut, sondern beschneiden wirtschaftliche Regulierungen gerade im Kontext der Erwerbstätigkeit am stärksten das eigene Handeln.

Die hohe Akzeptanz der Regulierungsziele sowie die mehrheitliche Zufriedenheit mit dem aktuellen Regulierungsausmass schliessen jedoch nicht (mehr oder weniger starke) Kritik aus. So stimmt eine Mehrheit von 66 Prozent der Befragten der Aussage zu, dass die administrative Belastung für die Wirtschaft verringert werden sollte. Der beliebte Ruf nach einem «Bürokratieabbau» findet offensichtlich

Anklang in der Bevölkerung. In der politischen Debatte geäußerte tiefergehende Befürchtungen, namentlich, dass staatliche Vorschriften das Wirtschaftswachstum behindern und Arbeitsplätze bedrohen, und dass sie die individuelle Freiheit einschränken, werden nur von einer Minderheit von jeweils 43 Prozent geteilt. Am meisten Zustimmung finden diese regulierungsskeptischen Argumente bei Führungskräften, Personen über 40 Jahren sowie unter Anhängern von SVP und FDP.

Werden die Befragten zu einer Güterabwägung zwischen Nutzen und Kosten von Regulierungen aufgefordert, so zeigt sich, dass der Nutzen deutlich höher gewichtet wird als die Kosten. Vor die Wahl gestellt zwischen dem Schutz der Konsumentinnen und Konsumenten auf der einen und Angebotsvielfalt und tiefen Preisen auf der anderen Seite, entscheiden sich 82 Prozent für ersteres. Bei Internetdienstleistungen ist die Bereitschaft sogar noch leicht höher, für einen besseren Datenschutz allfällige Regulierungskosten (weniger Innovation und höhere Preise) in Kauf zu nehmen. Diese Befunde legen nahe, dass die Thematisierung des Zielkonfliktes zwischen dem Nutzen von Regulierung und den dadurch verursachten Kosten durch das regulierungskritische Lager wenig Wirkung entfalten dürfte. Bei der Frage zur Liberalisierung der abendlichen Ladenöffnungszeiten, wo der persönliche Nutzen eines Regulierungsabbaus klar hervortrat, während allfällige Kosten nicht thematisiert wurden, befürwortete eine Mehrheit von 56 Prozent eine Liberalisierung. Besonders häufig gefordert wurde diese auch von jüngeren Personen – eine Gruppe, die sich bei anderen Fragen vergleichsweise regulierungsfreundlich zeigte.

Die genauere Ausgestaltung von Regulierungen war ebenfalls Gegenstand der Befragung. Regulierungsinstrument erster Wahl bei den meisten Befragten war das Verbot, und zwar sowohl zur Steigerung der Energieeffizienz bei Haushaltsgeräten (49 Prozent der Erstnennungen) als auch beim Konsumentenschutz im Finanzsektor (39 Prozent der Erstnennungen). Ein Grund für die hohe Attraktivität dieses vergleichsweise rigiden Mittels ist wohl das geringere Vertrauen der Bevölkerung in die Wirksamkeit von sanfteren Regulierungsmassnahmen, auch wenn diese von Fachleuten wegen ihrer höheren Effizienz oft propagiert werden. Massnahmen zur besseren Information der Konsumentinnen und Konsumenten (die Energieetikette und eine Aufklärungspflicht bei besonders riskanten Finanzprodukten) wurden jeweils am zweithäufigsten als Erstpräferenz genannt. Zudem waren diese Informationsmassnahmen mit der tiefsten Anzahl an Letztpräferenzen das am wenigsten unbeliebte Regulierungsinstrument. Anders als das Verbot polarisierten die Informationsmassnahmen die befragten Stimmbürgerinnen und Stimmbürger weniger stark und dürften somit auch politisch auf weniger Widerstand stossen, sprich mehrheitsfähiger sein.

Die in der Schweiz traditionelle und verbreitete Praxis der Selbstregulierung durch die Branchenverbände ist in der Bevölkerung breit abgestützt und wird von 70 Prozent der Befragten bevorzugt, wenn sie als Alternative zur staatlichen Regulierung zur Wahl gestellt wird. In allen untersuchten soziodemographischen und politischen Bevölkerungsgruppen findet sich für diese Option eine Mehrheit. Umstrittener ist hingegen die Frage, ob Regulierungen schweizweit einheitlich oder aber an kantonale und lokale Gegebenheiten angepasst werden sollen. Während in der Deutschschweiz eine klare Mehrheit von 63 Prozent einheitliche Regeln befürwortet, gewichtet in der Romandie eine knappe Mehrheit die regionale Autonomie höher. Beim autonomen Nachvollzug von EU-Vorschriften am Beispiel der Lebensmittelsicherheit sprechen sich 68 Prozent der Befragten für eine mehr oder weniger unveränderte

Übernahme aus und wünschen sich weder ein «Swiss finish» noch eine Verwässerung der EU-Regeln. Dass der Anteil, der sich für weniger strenge Schweizer Regeln ausspricht, bei der Gruppe der SVP-Sympathisanten mit 22 Prozent am höchsten ist, dürfte auch der grundsätzlich europaskeptischen Haltung dieser Partei geschuldet sein.

Sowohl den Unternehmen als auch der Verwaltung wird von der Bevölkerung ein hohes Mass an Kompetenz in Regulierungsfragen attestiert. 86 Prozent der Befragten stufen erstere als «eher kompetent» oder «sehr kompetent» ein, immerhin noch 70 Prozent sehen dies ebenso für die Verwaltung. Für die Parteien beträgt derselbe Wert hingegen nur gerade 44 Prozent. Diese vergleichsweise tiefe Kompetenzeinschätzung ist aber keineswegs spezifisch für Regulierungsfragen, sondern findet sich auch in vielen anderen Themenfeldern, in denen den Parteien ebenfalls geringe Sachkompetenz zugestanden wird. In Regulierungsfragen ist die themenführende Partei, so zeigen die Resultate, unangefochten die FDP. Sie wird von 38 Prozent der Befragten als diesbezüglich kompetenteste Partei genannt, wobei ihr diese Themenführerschaft nicht nur beim eigenen Anhang, sondern auch von namhaften Teilen der Sympathisanten anderer Parteien zugestanden wird.

Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass gemäss den Resultaten der Befragung staatliche Regulierung im Grundsatz in der Bevölkerung unbestritten ist. Regulierungen zugunsten von Umwelt und Gesundheit werden als besonders wichtig erachtet, aber auch andere Regulierungsziele finden hohe Zustimmung. Es zeigen sich jedoch divergierende Einschätzungen hinsichtlich der Regulierungsbereiche als auch der genaueren Ausgestaltung von Regulierungen. Während etwa das allgemeine Regulierungsniveau in der Schweiz von den meisten Befragten als angemessen erachtet wird, sieht eine Mehrheit im Online-Bereich und im Finanzsektor zusätzlichen Regulierungsbedarf. Gleichzeitig erfährt aber auch der Ruf nach einem «Bürokratieabbau» überwiegend Zuspruch.

Allerdings bilden die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger keine homogene Gruppe, sondern unterscheiden sich in ihrer Beurteilung. So sind jüngere Personen, Frauen, tiefere Einkommensschichten und Personen aus der Romandie generell positiver gegenüber staatlicher Regulierung eingestellt. Mehrheitlich skeptisch sind Führungskräfte sowie Sympathisanten von SVP und FDP. Die Einstellungen von Führungskräften unterscheiden sich insgesamt aber lediglich graduell von der Gesamtbevölkerung. So beurteilt ebenfalls eine Mehrheit der Führungskräfte das Ausmass der Regulierung in der eigenen Branche als angemessen, auch wenn diese Mehrheit weniger stark ausgeprägt ist. Von einer Spaltung zwischen Wirtschaftselite und Bevölkerung in Regulierungsfragen kann deshalb nicht gesprochen werden.

4 Bibliographie

- Baldwin, Robert, Cave, Martin, & Lodge, Martin (2012). *Understanding regulation: theory, strategy, and practice*. Oxford: Oxford University Press.
- Baldwin, Robert, Martin Cave, and Martin Lodge (2010). *The Oxford handbook of regulation*. Oxford: Oxford University Press.
- Buomberger, Peter (2014). *Auswege aus dem Regulierungsdickicht. Beunruhigende Fakten und erfolversprechende Lösungsansätze für die Schweiz*. Zürich: Avenir Suisse.
- Buomberger, Peter und Tobias Schlegel (2016). *Auswege aus dem Regulierungsdickicht. Lernen von ausländischen Erfahrungen*. Zürich: Avenir Suisse.
- FreshMinds (2009). The Benefits of Regulation. A public and business perceptions study. Report commissioned by the Better Regulation Executive, the Environment Agency, the Food Standards Agency and the Health and Safety Executive. London.
- Fowler, Floyd J. (2002). *Survey research methods (Applied social research methods)*. Thousand Oaks, CA: SAGE Publication.
- GfK Switzerland (2014). *Bürokratiemonitor 2014*. Bern: Staatssekretariat für Wirtschaft SECO
- Groves, Robert M., Floyd J. Fowler, Mick P. Couper, James M. Lepkowski, Eleanor Singer und Roger Tourangeau (2009). *Survey Methodology. 2nd Edition*. John Wiley & Sons.
- Lutz, Georg (2016). Eidgenössische Wahlen 2015. Wahlteilnahme und Wahlentscheid. Lausanne: Selects – FORS.
- Lutz, Georg, und Pascal Sciarini (2016). 'Issue Competence and its Influence on Voting Behavior in the Swiss 2015 Elections', *Swiss Political Science Review*, 22:1, 5–14.
- Marsden, Peter V., und James D. Wright (Hg.) (2010). *Handbook of survey research. 2nd edition*. Bingley: Emerald.
- Neue Helvetische Gesellschaft (1948). *Die Schweiz hält durch. Buch der Volksumfrage unter dem Patronat der Neuen Helvetischen Gesellschaft*. Zürich.
- Schaeffer, Nora C., und Stanley Presser (2003). 'The Science of Asking Questions', *Annual Review of Sociology*, 29:1, 65–88.
- Schnell, Rainer (2012). *Survey-Interviews. Methoden standardisierter Befragungen*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Schuman, Howard, und Stanley Presser (1996). *Questions and answers in attitude surveys. Experiments on question form, wording, and context*. Thousand Oaks: SAGE Publications.
- Schweizerischer Bundesrat (2013). Bericht über die Regulierungskosten. Schätzung der Kosten von Regulierungen sowie Identifizierung von Potenzialen für die Vereinfachung und Kostenreduktion. Bern: Staatssekretariat für Wirtschaft SECO.

5 Anhang

5.1 Datenerhebung und methodisches Vorgehen

Für die Studie wurden 1'213 zufällig ausgewählte stimmberechtigte Personen in der Deutschschweiz und der französischsprachigen Schweiz telefonisch im Zeitraum von Ende März bis Mitte April 2016 befragt. Der Fragebogen wurde vom Institut für Politikwissenschaft der Universität Zürich konzipiert. Die Übersetzung des Fragebogens ins Französische erfolgte durch Mélanie Chevalley, Universität Lausanne. Das Befragungsinstitut gfs.bern führte die Feldarbeit aus. Die Auswertung der Daten erfolgte wiederum durch das Institut für Politikwissenschaft der Universität Zürich.

Design des Fragebogens

Die Konstruktion der einzelnen Frage-Items sowie der Ablauf des Fragebogens orientiert sich am aktuellen Forschungsstand zum Fragebogendesign.¹⁰ Die verwendeten Items wurden mehrheitlich neu entwickelt sowie teilweise aus bestehenden etablierten Befragungen übernommen. Der Fragebogen wurde in mehreren Stufen getestet und fortlaufend optimiert. Fachspezialisten und Survey-Experten wurden in der Anfangsphase beigezogen. Später wurden wiederholt kognitive Pretests face-to-face mit Personen der Zielpopulation durchgeführt. Zum Schluss wurde der Fragebogen vom Institut gfs.bern einem finalen Pretest unterzogen, mit 44 auf Deutsch respektive 20 auf Französisch durchgeführten telefonischen Interviews. Der vollständige Fragebogen mit allen Fragen im Wortlaut ist im Anhang der Studie enthalten.

Stichprobenziehung

Die Zielpopulation der Befragung ist die *auf eidgenössischer Ebene stimmberechtigte Bevölkerung der Deutschschweiz und der französischsprachigen Schweiz*. Auf ein Subsample der italienischsprachigen Schweiz wurde aus Ressourcengründen verzichtet. Basis für die Stichprobenziehung war ein aktuelles elektronisches Telefonverzeichnis mit allen gemeldeten Telefonanschlüssen. Aus den eingetragenen Anschlüssen wurde nach dem Zufallsprinzip eine Ausgangsstichprobe gebildet. Pro Telefonnummer wurde die zu befragende Zielperson, sofern mehrere Personen die obigen Voraussetzungen erfüllten, in einem weiteren Zufallsverfahren ausgewählt: Diejenige Person, welche als letzte im Kalenderjahr Geburtstag hat, wurde ausgewählt. Diese Geburtstagsmethode verhindert Verzerrungen aufgrund von rollenspezifischem Verhalten (z.B. nehmen Frauen Telefonanrufe häufiger entgegen als Männer). Dadurch wird eine Zufallsauswahl sowohl auf Haushalts- als auch auf Personenebene sichergestellt. Die Stichprobenziehung erfolgte geschichtet nach Sprachregionen. Zusätzlich wurden maximale Quoten für Geschlecht und drei Alterskategorien (interlocked) entsprechend der tatsächlichen Verteilung dieser Merkmale in der Zielpopulation vorgegeben.

¹⁰ Siehe u.a. Fowler (2002), Groves et al. (2009), Marsden und Wright (2010), Schaeffer und Presser (2003), Schuman und Presser (1996).

Durchführung der Befragung

Die Datenerhebung erfolgte mit dem CATI-System des gfs-Befragungsdienstes. Die Befragung erfolgte hauptsächlich im zentralen Telefonlabor, teilweise auch dezentral durch insgesamt 68 Interviewerinnen und Interviewer innerhalb von 18 Tagen, vom 29. März bis 16. April 2016. Von den kontaktierten Personen willigten 20.74 Prozent einer Teilnahme zu, was einer durchschnittlichen Ausschöpfungsquote bei Telefonbefragungen entspricht. Bezieht man für die Berechnung zusätzlich auch noch diejenigen Adressen ein, welche auch bei wiederholten Kontaktversuchen nicht erreicht werden konnten, beträgt die Ausschöpfungsquote 9.04 Prozent. Die Ausschöpfungsquote hat nur dann einen Einfluss auf die Stichprobenqualität, wenn die Verweigerung oder Nicht-Erreichbarkeit mit einem für die Studie relevantem Kriterium zusammenhängt. Dafür gibt es bei der vorliegenden Studie keine Anzeichen. Die mittlere Länge (Median) der Interviews betrug 17.2 Minuten, was auch für eine telefonische Befragung problemlos ist.

Bei den einzelnen Interviews wurde die Reihenfolge sowohl der Items innerhalb einer Fragebatterie, als auch der beiden gegensätzlichen Standpunkte und der zu rangierenden Regulierungsmassnahmen bei den entsprechenden Fragen zufällig festgelegt. Dadurch lassen sich allfällige unerwünschte Effekte der Reihenfolge der Items wie auch der Antworten minimieren. Bei mündlichen Befragungen sind speziell «Recency»-Effekte gelegentlich zu beobachten, d.h. die zuletzt gehörten Antwortkategorien werden häufiger genannt. Die Wahrscheinlichkeit und auch die Stärke dieses Effektes schwankt allerdings und hängt von der Motivation und den kognitiven Fähigkeiten der befragten Person ab (Schnell 2012: 311).

Prüfung und Analyse der Daten

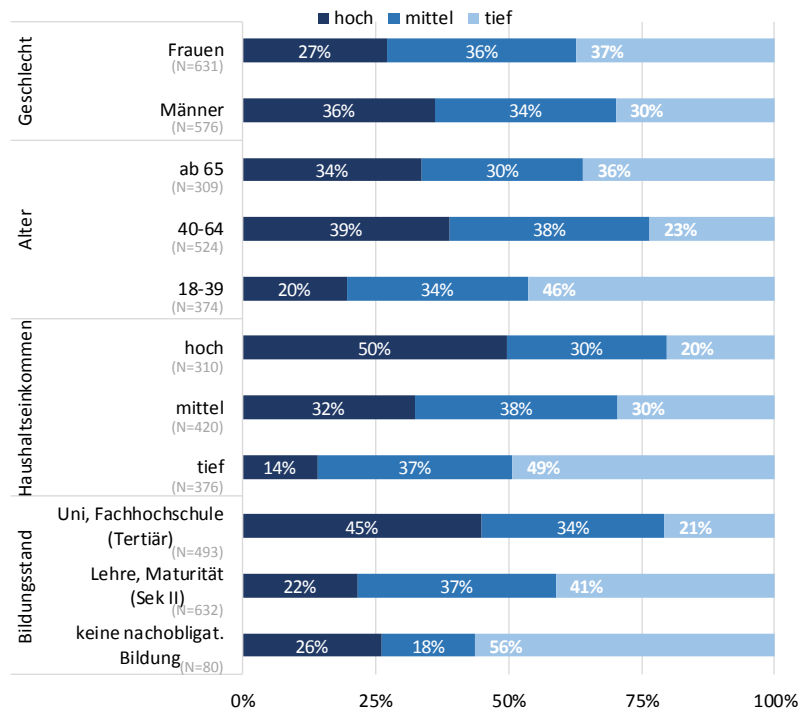
Die erhobenen Daten wurden vom Befragungsinstitut gfs.bern aufbereitet, plausibilisiert und bereinigt. Eine weitere Prüfung der Daten erfolgte durch das Institut für Politikwissenschaft der Universität Zürich vor der Analyse. Eine üblicherweise vorgenommene nachträgliche Gewichtung entlang der soziodemographischen Variablen Sprachregion, Geschlecht und Alter war nicht erforderlich, da die Stichprobe in dieser Hinsicht aufgrund der proportionalen Schichtung und der Quotierung exakt mit der Struktur der Zielpopulation übereinstimmt.

Die 95 Prozent-Vertrauensintervalle, welche dem Bereich mit den plausiblen Werten für die Grundgesamtheit entsprechen, werden bei allen in der Studie präsentierten Resultaten der Stichprobe angegeben. Je nach Typ der Abbildung werden entweder die Vertrauensintervalle separat für die einzelnen Werte angegeben oder es wird die maximale Grösse der Vertrauensintervalle von allen ausgewiesenen Werten einer Abbildung in den Anmerkungen vermerkt.

Die in der Studie diskutierten bivariaten Zusammenhänge wurden ebenfalls in einem multivariaten Regressionsmodell berechnet und waren dort auch unter Kontrolle der weiteren soziodemographischen und ideologischen Variablen statistisch signifikant, falls nicht anders im Text erwähnt. Ebenfalls explizit im Text erwähnt wird, falls diskutierte Unterschiede nicht statistisch signifikant sind.

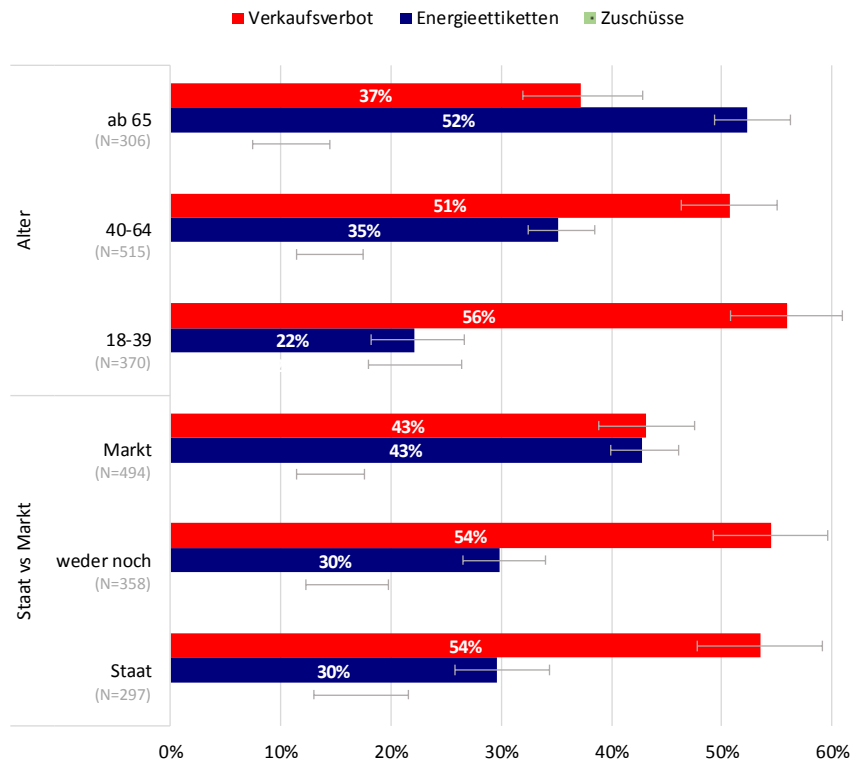
5.2 Zusätzliche Abbildungen

Abbildung 5.1 Interesse an wirtschaftspolitischen Fragen nach soziodemographischen Merkmalen



Der maximale statistische Unschärfbereich der ausgewiesenen Werte beträgt bis zu +/- 5.5. Prozentpunkte (95%-Vertrauensintervall), mit Ausnahme der Werte für die Gruppe «keine nachobligatorische Bildung», für welche der maximale Unschärfbereich aufgrund deren sehr tiefer Fallzahl deutlich grösser ist (+/- 10.7 Prozentpunkte).

Abbildung 5.2 Favorisiertes Regulierungsinstrument für energieeffiziente Haushaltsgeräten, nach Alter und Staat- vs. Marktbevorzugern



Anzahl Nennungen des jeweiligen Regulierungsinstrumentes als Erstpräferenz. Die ausgewiesenen 95%-Vertrauensintervalle entsprechen dem Bereich mit den plausiblen Werten für die Grundgesamtheit.

5.3 Fragebogen¹¹

Deutsche Version

Guten Tag/Abend, da ist ... vom Forschungsinstitut gfs.bern. Wir machen eine wissenschaftliche Studie im Auftrag der Universität Zürich und der Stiftung SD21. Das Thema sind gesetzliche Regeln und Vorschriften für Unternehmen, die uns ja alle betreffen, speziell auch als Konsumenten. Egal wie Sie über das Thema denken und ob sich damit schon beschäftigt haben, für uns ist es sehr wichtig, dass wir Ihre persönliche Meinung dazu wissen. Die Befragung ist anonym und dauert 12 Minuten.

Soziodemographische Fragen (I)

DEM2. Sind Sie auf eidgenössischer Ebene stimmberechtigt?

- Ja
- Nein -> führt zu Abschluss der Befragung

DEM0. Wie viele Personen ab 18 Jahren leben in Ihrem Haushalt (Sie miteingeschlossen)?

DEM1. Darf ich fragen, wie alt Sie sind?

Einstellungen Regulierung allgemein

Wir möchten zuerst wissen, was Sie über staatliche Eingriffe in die Wirtschaft denken. Genauer gesagt geht es um all die Gesetze und Vorschriften, die sagen, wie sich Unternehmen zu verhalten haben.

RA1. Ganz allgemein, sind Sie für eine Schweiz, wo der Staat stark in die Wirtschaft eingreift, oder für eine Schweiz, wo man sich voll auf den freien Markt verlässt? [1]

- 01 Für eine Schweiz, wo der Staat stark eingreift
- 02 Weder noch
- 03 Für eine Schweiz, wo der Markt bestimmt
- 98 [Weiss nicht]
- 99 [Keine Antwort]

Sind Sie eher dafür oder stark dafür?

- 01 Eher dafür
- 02 stark dafür
- 98 [Weiss nicht]
- 99 [Keine Antwort]

RA2. Staatliche Regeln und Vorschriften für die Wirtschaft haben unterschiedliche Ziele. Bitte sagen Sie mir jeweils, für wie wichtig Sie Gesetze und Vorschriften mit den folgenden Zielen halten:

[1. Item vorlesen]

Finden Sie diese: Sehr wichtig, wichtig, weniger wichtig, oder gar nicht wichtig?

1. Gesetze und Vorschriften zum Schutz der Gesundheit der Bevölkerung
2. Gesetze und Vorschriften um einen fairen Wettbewerb sicherzustellen
3. Gesetze und Vorschriften zum Schutz der Umwelt
4. Gesetze und Vorschriften für eine bessere Information und den Schutz der Konsumenten

(Nach erstem Item der Batterie vorlesen, danach nur, wenn nötig)

Finden sie diese:

- sehr wichtig
- wichtig
- weniger wichtig
- gar nicht wichtig
- [Weiss nicht]
- [Keine Antwort]

RA3. Schauen wir die aktuelle Situation in der Schweiz an: Wie schätzen Sie das Ausmass an staatlichen Regeln und Vorschriften für die Wirtschaft ein. Gibt es da viel zu viele Regeln und Vorschriften, eher zu viele, eher zu wenige, viel zu wenige; oder ist das Ausmass gerade richtig?

¹¹ Fragen, welche aus den SELECTS Swiss Electoral Studies [1] sowie den VOX-Abstimmungsanalysen [2] entnommen wurden (tlw. leicht modifiziert), sind entsprechend gekennzeichnet.

- Viel zu viele
- Eher zu viele
- Gerade richtig
- Eher zu wenige
- Viel zu wenige
- [Weiss nicht]
- [Keine Antwort]

DEM5a. Für die späteren Fragen sollten wir noch wissen, was Ihre aktuelle Beschäftigungssituation ist. Sind Sie... (*vorlesen beginnen; erste Kategorie, welche zutrifft, wird gewählt*)

Interviewer: Achtung wenn jemand angibt, weniger als 5 Stunden zu arbeiten, nachfragen zu welchen Kategorien (3-8) er/sie hauptsächlich dazugehört.

- 01 Vollzeit erwerbstätig (40 Stunden und mehr pro Woche)
- 02 Teilzeit erwerbstätig (5-39 Stunden pro Woche)
- 03 In Ausbildung (Lehrling, Schüler/-in, Student/-in)
- 04 Hausfrau/-mann
- 05 Rentner/-in (AHV)
- 06 Rentner/-in (IV)
- 07 Arbeitslos
- 08 Anderes (berufliche Weiterbildung, Urlaub etc.)
- 98 [Weiss nicht]
- 99 [Keine Antwort]

RA4. Ich nenne Ihnen jetzt einige Wirtschaftsbereiche. Sagen Sie mir bitte jeweils, ob Sie für den genannten Bereich mehr staatliche Regeln und Vorschriften oder weniger staatliche Regeln und Vorschriften befürworten, oder ob das aktuelle Ausmass gerade richtig ist. *Beispiele in Klammern immer auch vorlesen*

[1. Item vorlesen]

Sind Sie da: für mehr staatliche Regeln und Vorschriften, für weniger staatliche Regeln und Vorschriften, oder ist das Ausmass gerade richtig?

1. Im Detailhandel (Lebensmittel- und Kleiderläden, Elektrogeschäfte etc.)
2. Bei Banken und Versicherungen
3. Beim Internet und Online-Handel
4. Bei der Elektrizitätswirtschaft (also Produktion und Vertrieb von Strom)

(Nach erstem Item vorlesen, danach nur, wenn nötig)

- für mehr staatliche Regeln und Vorschriften
- für weniger staatliche Regeln und Vorschriften
- Ausmass gerade richtig
- [Weiss nicht]
- [Keine Antwort]

(IF DEM5a=01 «Vollzeit erwerbstätig» OR 02 «Teilzeit erwerbstätig»: ASK RA5; IF DEM5a=ELSE: GO TO INT1)

RA5. Und wie ist das in der Branche, in welcher Sie selber tätig sind? Sind Sie da: für mehr staatliche Regeln und Vorschriften, für weniger staatliche Regeln und Vorschriften, oder ist das Ausmass gerade richtig?

- für mehr staatliche Regeln und Vorschriften
- für weniger staatliche Regeln und Vorschriften
- Ausmass gerade richtig
- [Weiss nicht]
- [Keine Antwort]

INT1. Wie häufig, wenn überhaupt, diskutieren Sie mit Kollegen und Bekannten über wirtschaftspolitische Fragen? (*Antwortkategorien vorlesen*)

- Nie
- Einmal im Monat oder weniger
- Einige Male pro Monate
- Einige Male pro Woche
- Fast täglich oder täglich
- [Weiss nicht]
- [Keine Antwort]

Argumente und Prioritäten

ARG1. Über Staatseingriffe in die Wirtschaft und die Regulierung von Unternehmen in der Schweiz gibt es unterschiedliche Ansichten. Geben Sie bitte an, was sie von den folgenden Ansichten halten.

Sind sie da jeweils

- sehr einverstanden
- eher einverstanden
- eher nicht einverstanden, oder
- gar nicht einverstanden?
- [Weiss nicht/kann sich nicht entscheiden]
- [Keine Antwort]

(Zu Beginn vorlesen, danach nur falls nötig wiederholen)

1. Staatliche Regeln und Vorschriften behindern das Wirtschaftswachstum und bedrohen Arbeitsplätze.
2. Zur Sicherheit der Bevölkerung und zum Schutz der Umwelt benötigen wir strenge staatliche Regeln und Vorschriften für die Unternehmen.
3. Gesetze und Vorschriften für die Wirtschaft schränken die Freiheit der Bevölkerung ein.
4. Um die Wirtschaft zu entlasten, sollte die Schweiz die Bürokratie für Unternehmen abbauen. [1]

ARG2. Im Alltag muss man sich oft zwischen unterschiedlichen Standpunkten entscheiden. Ich sage Ihnen im Folgenden jeweils zwei Standpunkte und Sie sagen mir, welchem Sie eher zustimmen.

1. Wenn es Probleme in einer Wirtschaftsbranche gibt: Sollten dann die Branchenverbände selber verbindliche Regeln festlegen? Oder sollte der Staat eingreifen und Vorschriften machen?
2. Sollte bei der Festlegung staatlicher Regeln und Vorschriften der Schutz der Konsumenten an erster Stelle stehen? Oder sind der tieferer Preis und das grössere Angebot wichtiger?
3. Allgemein gesehen, sollten staatliche Regeln und Vorschriften für die Wirtschaft in der ganzen Schweiz einheitlich sein? Oder sollten sie den kantonalen und lokalen Gegebenheiten angepasst werden?
4. Im Internet, sollte da das möglichst grosse Angebot an innovativen und kostenlosen Dienstleistungen an erster Stelle stehen? Oder ist der Schutz der persönlichen Daten wichtiger?

Stimmen Sie dem ersten oder dem zweiten Standpunkt zu?

- erster Standpunkt
- zweiter Standpunkt
- [Weiss nicht]
- [Keine Antwort]

Stimmen Sie diesem Standpunkt

- voll und ganz zu, oder
- stimmen sie eher zu?
- [Weiss nicht]
- [Keine Antwort]

Präferenzen konkrete Regulierungsmassnahmen

Jetzt möchten wir noch Ihre Meinung zu einigen ganz konkreten staatliche Regeln und Vorschriften wissen.

Sind Sie da jeweils 'sehr dafür', 'eher dafür', 'eher dagegen' oder 'sehr dagegen'?

(Für erstes Item vorlesen, danach nur falls nötig wiederholen)

- Sehr dafür
- Eher dafür
- Eher dagegen
- Sehr dagegen
- [Weiss nicht]
- [Keine Antwort]

PR1. Kleine Metzgereien und Bäckereien mit unter 10 Mitarbeitern sollten weniger aufwändige Lebensmittelkontroll-Vorschriften befolgen müssen als Grossbetriebe.

PR2. Variante A: Wegen des Jugendschutzes sollte die Zigaretten- und Tabakwerbung in der Schweiz ganz verboten werden.

❖ **Variante B:** Die Zigaretten- und Tabakwerbung sollte in der Schweiz ganz verboten werden.

PR3. Die Ladenöffnungszeiten sollten liberalisiert werden, damit Geschäfte selber entscheiden können, wie lange man am Abend bei ihnen einkaufen kann.

PR6. Wegen den engen wirtschaftlichen Beziehungen mit den EU-Staaten stellt sich für die Schweiz regelmässig die Frage, wie stark sie EU-Regeln und Vorschriften übernehmen sollte. Was meinen Sie, sollten die Vorschriften zur Lebensmittelsicherheit in der Schweiz im Vergleich zur EU strenger, gleich streng oder weniger streng sein?

- Strenger
- Gleich streng
- Weniger streng
- [Weiss nicht]
- [Keine Antwort]

PR5a. Die gesetzlichen Vorschriften im Banken- und Versicherungsbereich werden zurzeit überarbeitet. Wenn Sie sich für eine der diskutierten neuen Konsumentenschutzmassnahmen entscheiden müssten, welche würden Sie an erster Stelle wählen:

1. Eine verschärfte Informationspflicht zu den Risiken von Finanzprodukten
 2. Ein Verkaufsverbot von besonders riskanten Finanzprodukten
 3. Ein erleichterter Rechtsweg für Privatkunden im Streitfall
- [Keine Antwort]
 - [Weiss nicht]

PR5b. Und welche Massnahme kommt für Sie an zweiter Stelle? *(die verbliebenen zwei Optionen nochmals vorlesen)*

PR4a. Die Schweizer Energiepolitik hat eine höhere Energieeffizienz zum Ziel. Welche der folgenden drei Energiespar-Massnahmen bei neuen Haushaltsgeräten würden Sie an erster Stelle wählen? *[Beispiel «Energieetikette» in Klammern immer auch vorlesen]*

1. Die Konsumenten beim Kauf über den Energieverbrauch zu informieren (bspw. mit Energieetiketten).
 2. Staatliche Zuschüsse beim Kauf von besonders energiesparenden Geräten.
 3. Ein Verkaufsverbot von Geräten, welche die Mindestanforderungen bei der Energieeffizienz nicht erfüllen.
- [Keine Antwort]
 - [Weiss nicht]

PR4b. Und welche Massnahme kommt für Sie an zweiter Stelle? *(die verbliebenen zwei Optionen nochmals vorlesen)*

Akteurskompetenz

Und bereits sind wir beim letzten thematischen Frageblock.

AK1. Wenn es um die Frage geht, wie der Staat in die Wirtschaft eingreifen sollte und wie Vorschriften für Unternehmen zu gestalten sind: Für wie kompetent halten Sie da....

[1. Item vorlesen]

Halten Sie diese bei dieser Frage für: sehr kompetent, eher kompetent, wenig kompetent, oder gar nicht kompetent?

1. Die Verwaltung
2. die Unternehmen
3. die Parteien

(Nach erstem Item vorlesen, danach nur, wenn nötig)

Halten Sie diese bei dieser Frage für :

- sehr kompetent
- eher kompetent
- wenig kompetent
- gar nicht kompetent
- [Weiss nicht]
- [Keine Antwort]

AK2. Und welches ist Ihrer Meinung nach die kompetenteste politische Partei bei diesem Thema, also wie der Staat in die Wirtschaft eingreifen sollte und wie Vorschriften für Unternehmen zu gestalten sind? *Antwortkategorien nicht vorlesen*

- Antwortkategorien von DEM6

Soziodemographische Fragen (II)

Zum Schluss noch einige allgemeine Fragen, die uns helfen, Ihre Antworten besser auszuwerten.

DEM4. Welches ist die höchste Ausbildung oder der höchste Abschluss, den Sie gemacht haben? *Antwortkategorien nicht lesen*

- 01 Keine Schulbildung
- 02 Primarschule
- 03 Sekundarschule (Sekundar-, Real-, Bezirksschule, Untergymnasium)
- 05 Berufslehre, Berufsschule (z.B. KV), inkl. Anlehre
- 07 Handelsschule, Handelsdiplom
- 08 Berufsmatura
- 09 Maturitätsschule, Gymnasium, Lehrerseminar
- 10 Höhere Berufsbildung mit eidg. Fachausweis, eidg. Diplom, Meisterdiplom
- 11 Höhere Fachschule (HF)
- 12 Fachhochschule (FH), Pädagogische Hochschule (PH)
- 13 Universität, ETH
- 98 [Weiss nicht]
- 99 [Keine Antwort]

(IF DEM5a=01 Vollzeit erwerbstätig OR 02 Teilzeit erwerbstätig: ASK DEM5b & DEM5c & DEM5d & DEM5e

IF DEM5a= 05 Rentner (AHV) OR 06 Rentner (IV) OR 07 Arbeitslos OR 08 Anderes: GO TO DEM5b_VORHERIGER_BERUF

IF DEM5a=04 Hausfrau OR DEM5a=03 in Ausbildung OR 98 DK OR 99 NA: GO TO DEM6)

DEM5b. Was ist Ihre berufliche Stellung? Sind sie... *Antwortkategorien vorlesen*

- 01 Angestellt ohne Vorgesetztenfunktion
- 03 Angestellt mit Vorgesetztenfunktion
- 02 Angestellt und Mitglied der Geschäftsleitung (ev. mit Vorgesetztenfunktion)
- 04 Selbständig erwerbend
- 08 [Weiss nicht]
- 09 [Keine Antwort]

Falls die befragte Person mehrere Jobs hat, ist bei dieser und den folgenden Fragen zur beruflichen Tätigkeit immer der Haupterwerb (mit dem grössten Pensum) relevant. Geschäftsleitung=Direktion; «angestellt mit Vorgesetztenfunktion»= verantwortlich für die Überwachung und die Arbeitskontrolle von anderen Personen (aber ohne Lehrlinge)

❖ *Variante DEM5b_VORHERIGER_BERUF: Was ist ihre berufliche Stellung bei ihrer letzten Tätigkeit gewesen?*

- gleiche Antwortkategorien wie DEM5b
- zusätzliche Antwortkategorie bei dieser Variante: «07 keine vorherige Berufstätigkeit»
(IF DEM5b_VORHERIGER_BERUF=07 «keine vorherige Berufstätigkeit»: GO TO DEM6
IF DEM5b_VORHERIGER_BERUF=ELSE: ASK DEM5c_VORHERIGER_BERUF & DEM5d_VORHERIGER_BERUF & DEM5e_VORHERIGER_BERUF)

DEM5c. Wie viele Personen beschäftigt Ihr Unternehmen insgesamt (Sie miteingeschlossen)? *(Kategorien nur falls nötig vorlesen)*

- 1 Person
- 2 bis 10 Personen
- 10 bis 50 Personen
- 50 bis 250 Personen
- 250 oder mehr Personen
- [Weiss nicht]
- [Keine Antwort]

❖ *Variante DEM5c_VORHERIGER_BERUF: Wie viele Personen hat Ihr Unternehmen insgesamt beschäftigt (Sie miteingeschlossen)? (Kategorien nur falls nötig vorlesen; falls unklar: Unternehmen, bei welchem die befragte Person zuletzt tätig war)*

- gleiche Antwortkategorien wie DEM5c

DEM5d. Arbeiten Sie in der Privatwirtschaft oder bei der öffentlichen Hand? *(Antwortkategorien nur falls nötig vorlesen)*

- 01 Privatwirtschaft
- 02 Öffentliche Hand (Bund, Kantone, Gemeinden)
- 03 Staatseigene oder gemischtwirtschaftliche Betriebe (wie SBB, Post, Swisscom, SRG)
- 08 [Weiss nicht]
- 09 [Keine Antwort]

❖ *Variante DEM5d_Variante_VORHERIGER_BERUF: Haben Sie bei ihrer letzten Tätigkeit in der Privatwirtschaft oder bei der öffentlichen Hand gearbeitet? (Antwortkategorien nur falls nötig vorlesen)*

- gleiche Antwortkategorien wie DEM5d

DEM5e. In welcher Branche sind sie tätig? (*Antwort entsprechend codieren, Antwortkategorien nicht vorlesen*)

- 01 Bildungswesen (Schulen, Universität etc.)
 - 02 Landwirtschaft und Forstwirtschaft
 - 03 Industrie und verarbeitendes Gewerbe (z.B. Maschinenbau; Chemie; Fertigung von Geräten und Lebensmitteln etc.)
 - 05 Baugewerbe
 - 06 Handel und Reparaturgewerbe (mit Detailhandel)
 - 07 Gastgewerbe (Restaurants, Hotels)
 - 08 Transport und Verkehr (auch Bahn)
 - 09 Banken und Versicherungen
 - 10 Immobilien, Vermietung
 - 11 Informatik und Kommunikation/Medien
 - 12 öffentliche Verwaltung
 - 13 Gesundheits- und Sozialwesen
 - 98 [Weiss nicht]
 - 99 [Keine Antwort]
- ❖ *Variante DEM5e_VORHERIGER BERUF:* In welcher Branche sind sie zuletzt tätig gewesen? (*Antwort entsprechend codieren, Antwortkategorien nicht vorlesen*)
- gleiche Antwortkategorien wie DEM5e

DEM6. Ganz allgemein, welche politische Partei entspricht in den Zielen und Forderungen am ehesten ihren eigenen Ansichten und Wünschen? *nicht vorlesen, nur entsprechend codieren* [2]

- 040 SVP - Schweizerische Volkspartei
- 030 SP - Sozialdemokratische Partei
- 010 FDP/Die Liberalen - Freisinnig-Demokratische Partei / Liberale Partei
- 020 CVP - Christlichdemokratische Volkspartei
- 110 BDP - Bürgerlich-Demokratische Partei
- 120 GP - Grüne, Grüne Partei, Grünes Bündnis
- 130 GLP - Grünliberale Partei
- 070 EVP - Evangelische Volkspartei
- 080 CSP - Christlich-soziale Partei
- 090 PdA - Partei der Arbeit
- 091 POP - Parti Ouvrier et Populaire, POP & Gauche en mouvement
- 093 AL – Alternative Linke / Alternative Liste / solidaritéS
- 160 EDU - Eidgenössisch-Demokratische Union
- 171 MCR - Mouvement Citoyens Genevois/Romand
- 180 Lega dei Ticinesi
- 190 Piratenpartei
- 996 Keine Partei
- 997 Andere
- 998 [Weiss nicht]
- 999 [Keine Antwort]

DEM7. Ich sollte noch eine Angabe zum Netto-Monatseinkommen Ihres Haushalts haben. Denken Sie dabei an Ihr eigenes Einkommen oder Ihre Rente, aber auch an das Einkommen oder die Rente von allfällig weiteren Personen in Ihrem Haushalt. Sie können sicher sein, dass die Angabe streng vertraulich und anonym behandelt wird. Ich nenne Ihnen jeweils eine Kategorie und einen Buchstaben hierzu. Nennen Sie mir einfach den zutreffenden Buchstaben...

- R - unter Fr. 3'000.-
- T - zwischen Fr. 3'000.- und 5'000.-
- H - zwischen Fr. 5'000.- und 7'000.-
- I - zwischen Fr. 7'000.- und 9'000.-
- B - zwischen Fr. 9'000.- und 11'000.-
- X - zwischen Fr. 11'000.- und 13'000.-
- A - zwischen Fr. 13'000.- und 15'000.-
- O – mehr als Fr. 15'000.-
- [Weiss nicht]
- [Keine Antwort]

Damit wären wir schon am Schluss vom Interview. Ich danke Ihnen herzlich, dass Sie bei unserer Befragung mitgemacht haben und wünsche Ihnen noch einen schönen Abend/Tag.

Französische Version

Bonjour/Bonsoir, je suis ... de l'institut de recherche gfs.bern. Nous effectuons une étude scientifique pour le compte de l'Université de Zurich et de la fondation SD21. L'étude porte sur les règles et les lois qui règlementent les entreprises, ce qui nous concerne tous, surtout en tant que consommateur. Peu importe que vous vous soyez déjà intéressé ou non à ce sujet par le passé, c'est votre opinion personnelle qui est importante pour nous. Le sondage est anonyme et dure environ 12 minutes.

Questions sociodémographiques (I)

DEM2. Avez-vous le droit de vote au niveau fédéral ?

- Oui
- Non -> *fin du questionnaire*

DEM0. Combien de personnes de plus de 18 ans vivent dans votre ménage (vous y compris) ?

DEM1. Quel âge avez-vous ?

Impressions générales sur la réglementation

Nous aimerions tout d'abord savoir ce que vous pensez des interventions de l'Etat dans l'économie. Il s'agit plus précisément des lois et des normes règlementant le travail des entreprises.

RA1. Etes-vous pour une Suisse dans laquelle l'Etat intervient fortement dans l'économie, ou pour une Suisse dans laquelle on se repose entièrement sur le libre marché ? [2]

- 01 Pour une Suisse dans laquelle l'Etat intervient fortement
- 02 Ni l'un, ni l'autre
- 03 Pour une Suisse dans laquelle on se repose entièrement sur le libre marché
- 98 [Ne sait pas]
- 99 [Pas de réponse]

Etes-vous plutôt pour ou fortement pour ?

- 01 plutôt pour
- 02 fortement pour
- 98 [Ne sait pas]
- 99 [Pas de réponse]

RA2. La réglementation étatique de l'économie a différents objectifs. Dites-moi, svp, pour chaque proposition, quelle importance ont les lois et règlements ayant les objectifs suivants :

[Lire 1^{er} élément]

Trouvez-vous cela : très important, important, peu important ou pas du tout important

1. Les lois et les règlements visant la protection de la santé de la population
2. Les lois et les règlements visant une concurrence loyale
3. Les lois et les règlements visant la protection de l'environnement
4. Les lois et les règlements visant à une meilleure information et protection du consommateur

(Lire après la lecture du premier élément, ensuite seulement si nécessaire)

Trouvez-vous cela :

- Très important
- Important
- Peu important
- Pas du tout important
- [ne sait pas]
- [pas de réponse]

RA3. Regardons la situation actuelle en Suisse : Comment évaluez-vous l'ampleur de la réglementation étatique de l'économie. Y a-t-il beaucoup trop de règles, plutôt trop de règles, plutôt pas assez de règles, absolument pas assez de règles ou alors est-ce qu'il y en a juste ce qu'il faut ?

- Beaucoup trop
- Plutôt trop
- Juste ce qu'il faut
- Plutôt pas assez
- Absolument pas assez

- [Ne sait pas]
- [Pas de réponse]

DEM5a. Pour la suite du questionnaire, nous aimerions encore savoir, quelle est votre occupation actuelle. [Commencer à lire; la première catégorie qui est juste, est choisie]

Interviewer : Attention, lorsque quelqu'un dit travailler moins de 5 heures, demandez-lui de préciser à quelle catégorie (03-08) il appartient.

- 01 Travail rémunéré à plein temps (40 h. et plus de travail rég. par semaine)
- 02 Travail rémunéré à temps partiel (5-39 h. de travail rég. par semaine)
- 03 En formation (apprenti, écolier/-ère, étudiant/-e)
- 04 Femme/homme au foyer
- 05 Rentier/ère AVS
- 06 Rentier/ère (AI)
- 07 Au chômage
- 08 Autre (formation complémentaire, congé)
- 98 [Ne sait pas]
- 99 [Pas de réponse]

RA4. Je vous énumère à présent quelques branches économiques. Veuillez m'indiquer pour chacune d'entre elles, si vous êtes en faveur de plus de réglementation étatique, de moins de réglementation ou si la réglementation actuelle est appropriée selon vous. [Lire également les exemples entre parenthèses]

[Lire 1^{er} élément]

Etes-vous en faveur de plus de réglementation, de moins de réglementation ou la réglementation actuelle vous semble appropriée ?

1. Dans le commerce de détail (magasins d'alimentation, boutiques de vêtements, magasins d'électroménager, etc.)
2. Dans le secteur des banques et des assurances
3. Sur Internet et dans le commerce en ligne
4. Dans le secteur de l'électricité (c'est-à-dire, la production et la distribution d'électricité)

(Lire après la lecture du premier élément, ensuite seulement si nécessaire)

- Pour plus de réglementation
- Pour moins de réglementation
- La réglementation actuelle est appropriée
- [Ne sait pas]
- [Pas de réponse]

(IF DEM5a=01 «Vollzeit erwerbstätig» OR 02 «Teilzeit erwerbstätig»: ASK RA5; IF DEM5a=ELSE: GO TO INT1)

RA5. Et qu'en est-il dans votre branche ? Etes-vous en faveur de plus de réglementation, de moins de réglementation ou la réglementation actuelle vous semble appropriée.

- Pour plus de réglementation
- Pour moins de réglementation
- La réglementation actuelle est appropriée
- [Ne sait pas]
- [Pas de réponse]

INT1. A quelle fréquence, si tel est le cas, discutez-vous de questions de politique économique avec vos amis et vos connaissances ?

- Jamais
- Une fois par mois ou moins
- Quelques fois par mois
- Quelques fois par semaine
- Pratiquement tous les jours ou tous les jours
- [Ne sait pas]
- [Pas de réponse]

Arguments et priorités

ARG1. Nous avons réuni une série d'arguments sur l'intervention de l'Etat dans l'économie et la réglementation des entreprises en Suisse. Veuillez m'indiquer si vous êtes...

- Tout à fait d'accord
- Plutôt d'accord
- Plutôt pas d'accord
- Pas du tout d'accord
- [ne sait pas]
- [pas de réponse]

(Au début lire la liste de réponse, ensuite répéter seulement si nécessaire)

1. La réglementation étatique empêche la croissance économique et menace l'emploi.
2. Afin d'assurer la sécurité de la population et de protéger l'environnement, il est nécessaire d'avoir des réglementations sévères pour les entreprises.
3. Les normes étatiques régulant l'économie restreignent la liberté de la population.
4. Pour soulager l'économie, la Suisse devrait réduire la bureaucratie pour les entreprises. [1]

ARG2. Dans la vie quotidienne, nous devons souvent choisir entre différents points de vue. Je vous donne maintenant à chaque fois deux points de vue, dites-moi avec lequel vous êtes plutôt d'accord.

1. Lorsqu'une branche économique fait face à des problèmes : Les associations professionnelles devraient-elles établir elles-mêmes des règles contraignantes ? Ou alors l'Etat devrait-il intervenir et établir les règles ?
2. Lors de la conception des réglementations, la protection du consommateur devrait être une priorité ? Ou alors les prix bas ainsi que la richesse de l'offre sont plus importants ?
3. De manière générale, la réglementation de l'économie devrait être uniforme dans toute la Suisse ? Ou alors devrait-elle être adaptée aux réalités locales et cantonales ?
4. Sur internet, la plus grande offre possible de services novateurs et gratuits devrait être une priorité ? Ou alors la protection des données personnelles est plus importante ?

Etes-vous d'accord avec le premier ou le deuxième point de vue ?

- Le premier point de vue
- Le deuxième point de vue
- [Ne sait pas]
- [Pas de réponse]

Dans quelle mesure êtes-vous d'accord avec ce point de vue ?

- Tout à fait d'accord, ou
- Plutôt d'accord
- [Ne sait pas]
- [Pas de réponse]

Préférences lors de mesures réglementaires concrètes

A présent, nous aimerions connaître votre avis par rapport à quelques mesures réglementaires concrètes.

Pour chaque proposition êtes-vous très favorable, plutôt favorable, plutôt opposé ou très opposé ?
(Lire pour le premier élément, répéter seulement si nécessaire)

- Très favorable
- Plutôt favorable
- Plutôt opposé
- Très opposé
- [Ne sait pas]
- [Pas de réponse]

PR1. Les petites boucheries et boulangeries employant moins de 10 employés doivent se conformer à moins de contrôles alimentaires réglementés et coûteux que les grandes entreprises.

PR2. Variante A : Pour la protection de la jeunesse, la publicité pour les cigarettes et le tabac devraient être totalement interdite en Suisse.

❖ **Variante B :** La publicité pour les cigarettes et le tabac devraient être totalement interdite en Suisse.

PR3. Les horaires d'ouverture des magasins devraient être libéralisés, afin que chaque commerce puisse décider lui-même, jusqu'à quelle heure il est possible de faire ses courses le soir.

PR6. La question de la reprise des règlements et directives de l'Union européenne en Suisse se pose fréquemment, à cause des échanges économiques étroits entretenus avec les Etats membres. Qu'en pensez-vous ? Les règles en matière de sécurité alimentaires en Suisse devraient être plus sévères, aussi sévères ou moins sévères que dans l'Union européenne ?

- Plus sévères
- Aussi sévères
- Moins sévères
- [Ne sait pas]
- [Pas de réponse]

PR5a. Les lois réglementant le secteur des banques et des assurances sont actuellement en révision. Si vous deviez décider d'une nouvelle mesure de protection du consommateur, laquelle choisiriez-vous en premier lieu ?

4. Un renforcement du devoir d'informer concernant les risques liés aux produits financiers
 5. Une interdiction de vente des produits financiers particulièrement risqués
 6. Des démarches juridiques facilitées pour les clients privés en cas de litige
- [Pas de réponse]
 - [Ne sait pas]

PR5b. Et quelle mesure viendrait en deuxième position selon vous ? *[lire les deux options restantes]*

PR4a. La politique énergétique suisse a pour objectif l'augmentation de l'efficacité énergétique. Parmi les trois propositions suivantes, quelle mesure d'économie d'énergie lors de l'achat de nouveaux appareils électroménagers choisiriez-vous en premier lieu ? *[Exemple « étiquette-énergie » entre parenthèses doit toujours être lu]*

4. Informer les consommateurs lors de l'achat sur la consommation d'énergie (p. ex. avec les étiquettes-énergie).
 5. Subventionner l'achat d'appareils consommant particulièrement peu d'énergie.
 6. Interdire la vente d'appareils ne remplissant pas les exigences minimales d'efficacité énergétique.
- [Pas de réponse]
 - [Ne sait pas]

PR4b. Et quelle mesure viendrait en deuxième position selon vous ? *[lire les deux options restantes]*

Compétences des acteurs

Nous arrivons à l'avant-dernière partie du sondage.

AK1. Lorsqu'il s'agit de savoir si l'Etat doit intervenir dans l'économie et comment la réglementation des entreprises doit être conçue : considérez-vous que...

[Lire 1^{er} élément]

... est/sont très compétente/s, plutôt compétente/s, peu compétente/s ou pas du tout compétente/s en la matière ?

4. L'administration
5. Les entreprises
6. Les partis politiques

(Lire après le premier élément, ensuite seulement si nécessaire)

Concernant ces questions, vous la/les considérez :

- Très compétent(e/s)
- Plutôt compétent(e/s)
- Peu compétent(e/s)
- Pas du tout compétent(e/s)
- [Ne sait pas]
- [Pas de réponse]

AK2. Et à votre avis, quel est le parti politique le plus qualifié pour traiter de ce thème, c'est-à-dire l'intervention de l'Etat dans l'économie et la conception de la réglementation pour les entreprises ? *[Ne pas lire les catégories de réponse]*

- Utiliser les catégories de réponses de DEM6 ci-dessous

Questions sociodémographiques (II)

Pour terminer, encore quelques questions pour nous aider à mieux analyser vos réponses.

DEM4. Quelle est la formation la plus élevée que vous avez achevée, ou quel est le diplôme le plus élevé que vous avez obtenu ?
[Ne pas lire les catégories de réponse]

- 01 Aucune formation scolaire
- 02 Ecole primaire
- 03 Ecole secondaire, cycle
- 05 Apprentissage, école professionnelle, école des métiers
- 07 Ecole supérieure de commerce, diplôme de commerce
- 08 Maturité professionnelle
- 09 Ecole conduisant à la maturité/baccalauréat (gymnase/collège/école normale etc.)
- 10 Formation professionnelle supérieure avec brevet fédéral ou diplôme fédéral (ou diplôme de maîtrise)
- 11 Ecoles techniques ou écoles techniques supérieures, écoles professionnelles supérieures
- 12 Haute école spécialisée (HES), Haute école pédagogique (HEP)
- 13 Université, Ecole polytechnique fédérale
- 98 [Ne sait pas]
- 99 [Pas de réponse]

IF DEM5a=01 *Vollzeit erwerbstätig* OR 02 *Teilzeit erwerbstätig*: ASK DEM5b & DEM5c & DEM5d & DEM5e

IF DEM5a= 05 *Rentner (AHV)* OR 06 *Rentner (IV)* OR 07 *Arbeitslos* OR 08 *Anderes*: GO TO DEM5b_VORHERIGER_BERUF

IF DEM5a=04 *Hausfrau* OR DEM5a=03 *in Ausbildung* OR 98 *DK* OR 99 *NA*: GO TO DEM6

DEM5b. Quelle est votre situation professionnelle ? Etes-vous ... [Lire les catégories de réponse]

- 01 Employé(e) sans fonction de cadre
- 03 Employé(e) avec fonction de cadre
- 02 Employé(e) et membre de la direction (ev. avec fonction de cadre)
- 04 Indépendant(e)
- 08 [Ne sait pas]
- 09 [Pas de réponse]

Si la personne interrogée a plusieurs emplois, nous prenons en compte ici et pour les questions suivantes seulement l'occupation principale (celle avec le taux d'occupation le plus élevé). « Employé(e) avec fonction de cadre » = être responsable de la supervision et du contrôle du travail d'autres personnes (sans compter les apprentis)

❖ *Variante DEM5b_VORHERIGER_BERUF*: Quelle était votre situation professionnelle, lorsque vous avez travaillé pour la dernière fois ? [Lire les catégories de réponse]

- *Catégorie de réponse supplémentaire dans cette variante*: «07 pas d'activité professionnelle antérieure »

IF DEM5b_VORHERIGER_BERUF=07 «keine vorherige Berufstätigkeit»: GO TO DEM6

IF DEM5b_VORHERIGER_BERUF=ELSE: ASK DEM5c_VORHERIGER_BERUF & DEM5d_VORHERIGER_BERUF & DEM5e_VORHERIGER_BERUF

DEM5c. Combien de personnes votre entreprise emploie-t-elle au total, y compris vous-même ? [lire les catégories de réponse seulement si nécessaire]

- 1 personne
- 2 à 10 personnes
- 10 à 50 personnes
- 50 à 250 personnes
- 250 personnes ou plus
- [Ne sait pas]
- [Pas de réponse]

❖ *Variante DEM5c_VORHERIGER_BERUF*: Combien de personnes votre ancienne entreprise employait-elle au total, vous y compris ? [lire les catégories de réponse seulement si nécessaire ; dernière entreprise pour laquelle l'interviewé a travaillé]

- *Mêmes catégories de réponse qu'en DEM5c*

DEM5d. Travaillez-vous dans le secteur privé ou dans le secteur public ? [Lire les catégories de réponse seulement si nécessaire]

- 01 Secteur privé
- 02 Secteur public (Confédération, canton, commune)
- 03 Entreprises publiques ou entreprises mixtes (CFF, La Poste, Swisscom, RTS)
- 08 [Ne sait pas]
- 09 [Pas de réponse]

❖ *Variante DEM5d_Variante_VORHERIGER_BERUF*: Lors de votre dernier emploi, travailliez-vous dans le secteur privé ou dans le secteur public ? [Lire les catégories de réponse seulement si nécessaire]

- *Mêmes catégories qu'en DEM5d*

DEM5e. Dans quelle branche travaillez-vous ? [Coder la réponse en fonction de la réponse, ne pas lire les catégories de réponse]

- 01 Enseignement/Formation (Ecoles, universités etc.)
- 02 Agriculture et sylviculture
- 03 Industrie de transformation (p. ex. : ingénierie, chimie, production d'appareils et de produits alimentaires, etc.)
- 05 Bâtiment
- 06 Commerce et secteur des réparations
- 07 Hôtellerie (Restaurants, Hôtels)
- 08 Transports et communications (trafic ferroviaire inclus)
- 09 Banques et assurances
- 10 Secteur de l'immobilier, locations
- 11 Informatique et communication/Médias
- 12 Administration publique
- 13 Santé publique et services sociaux
- 98 Ne sait pas
- 99 Pas de réponse

❖ Variante DEM5e_VORHERIGER BERUF: Dans quelle branche avez-vous travaillé en dernier lieu ? [Coder la réponse en fonction de la réponse, ne pas lire les catégories de réponse]

- Mêmes catégories qu'en DEM5e

DEM6. De manière générale, quel parti politique correspond le mieux à vos propres opinions de par ses objectifs et ses revendications ? [Ne pas lire les catégories de réponse] [2]

- 040 UDC - Union Démocratique du Centre
- 030 PS - Parti socialiste
- 010 PLR - Les Libéraux-Radicaux / parti libéral
- 020 PDC - Parti démocrate-chrétien
- 110 PBD - Parti Bourgeois-Démocratique
- 120 Les Verts; Parti Ecologiste; Mouvement écologiste
- 130 PVL - Vert'libéraux
- 070 PEV - Parti évangélique populaire suisse
- 080 PCS - Parti chrétien-social
- 090 PdT - Parti du Travail
- 091 POP - Parti Ouvrier et Populaire, POP & Gauche en mouvement
- 093 SolidaritéS / AL – Alternative Linke / Alternative Liste
- 160 UDF - Union démocratique fédérale
- 171 MCR - Mouvement Citoyens Genevois/Romand
- 180 La Lega (dei Ticinesi)
- 190 Parti pirate
- 996 Aucun parti
- 997 Autre
- 998 Ne sait pas
- 999 Pas de réponse

DEM7. J'aimerais encore avoir quelques informations concernant le revenu mensuel net de votre ménage. Pensez à votre propre revenu ou à votre retraite, ainsi qu'aux revenus de tous les autres membres de votre ménage. Nous vous assurons que ces informations seront anonymisées et traitées de manière strictement confidentielle. Je vous énumère à présent différentes catégories, qui sont associées à une lettre de l'alphabet. Veuillez simplement me dire la lettre correspondant à votre situation.

- 01 R – Moins de 3'000 CHF
- 02 T – Entre 3'000 et 5'000 CHF
- 03 H – Entre 5'000 et 7'000 CHF
- 04 I – Entre 7'000 et 9'000 CHF
- 05 B – Entre 9'000 et 11'000 CHF
- 06 X – Entre 11'000 et 13'000 CHF
- 07 A – Entre 13'000 et 15'000 CHF
- 08 O - Plus de 15'000 CHF
- 98 Ne sait pas
- 99 Pas de réponse

Nous avons à présent terminé le sondage. Je vous remercie d'y avoir participé et vous souhaite une bonne journée/soirée.

